

Blattentempel

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentempel“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 1200 Monats 1,20 Mark, durch die Post bezogen 1,20 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Verlags-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V., Halle, Berendstraße 14.

Anzeigenpreis: 10 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Rahmen im Zeitteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Berendstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Blattentempel Halle. Bankkonten: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Volksbank: Leipzig 106848 Fritz Strub, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 30. März 1927

7. Jahrgang Nr. 75

Gegen die imperialistischen Henker!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle Werktätigen!

Ein großes unmenschliches Verbrechen ist begangen worden. Die „zivilisierten“ Barbaren, mit den englischen und amerikanischen Imperialisten an der Spitze, zertrümmerten und vernichteten aus ihren weittragenden Gefühlen eine der Hauptstädte der chinesischen Republik — Nanjing. Das Arbeiterviertel haben sie in Ruinen verwandelt, die Leichname haben sie zu Bergen gesteuert. Sie haben aus ihren Kanonen einige Tausend friedliche Bürger von Nanjing erschossen. Sie haben mit ihren Geschützen und Säbelschneidern geschossen. All das haben sie besahnt gemacht, weil die jüngsten Siege der chinesischen Revolution die Herrschaft der Imperialisten in China gefährdeten. Dieses ungeheuerliche Verbrechen, das von den imperialistischen Mordbeuren organisiert wurde, suchte das englisch-amerikanische Kommando durch eine neue unerbittliche Freie Mäße zu rechtfertigen. Die Henker des chinesischen Volkes, die die Uniform der sogenannten „zivilisierten Mächte“ tragen, haben die niederträchtige provokatorische Truppen gegen die Ausländer, von der Demolierung der Konjulate usw. in Umlauf gesetzt. Diese Henker wissen sehr wohl nur zu gut, daß die Nationalarmeen nicht verlustig haben, die Ausländer anzugreifen, obwohl das Militär- und Zivilkommando der letzteren sich in genigendem Maße als die unerbittlichen Feinde des chinesischen Volkes erwiesen haben. Sie wissen nur zu gut, daß die abgehenden Schanhaier Revolution, die inneren Henker Chinas, die den Kopf verloren, geschloffen haben.

Die Engländer beschossen bereits die chinesische Stadt Nanjing. Jetzt haben die vereinten Kräfte der Imperialisten, mit den Engländern und Amerikanern an der Spitze, Nanjing zertrümmert, obwohl die offiziellen Heuterevolution, die inneren Henker Chinas, die den Kopf verloren, geschloffen haben.

Und einige Stunden später werden womöglich diese „zivilisierten“ Bestien das chinesische Schanghai von ihrem „internationalen“ Waffenplatz aus, den sie wie Räuber, wie Banditen dem chinesischen Volke gestohlen haben, zu demolieren beginnen.

Das unerhörte Ultimatum, die Bombardierung Nanjings, die weitere Konzentrierung von Marinekräften in Schanghai, die militärische Besetzung der Seebund, die Zusammenziehung russischer wehrfähiger Kräfte, all das weist auf Pläne von weiteren Verbrechen hin. Das englische offizielle Blatt „Daily Telegraph“ erdreist sich bereits zu schreiben, daß „südlich vom Yangtse-Fluß keine Macht vorhanden ist, mit der nach den Methoden der zivilisierten Diplomatie verhandelt werden könnte“. Die englische Diplomatie behauptet sich sehr höflich und freundschaftlich denen gegenüber, die in Schanghai vor seiner Einnahme

Laufende von Arbeitern hinterließen. Die englische Diplomatie erkennt jedoch keine zivilisierten Methoden, südlich vom Yangtse-Fluß an, d. h. dort, wo das Volk begonnen hat, das verhasste Joch der feudalen Grundbesitzer, der Rüstergenerale, der Wucherer, der ausländischen Ausbeuter und Sklavenhalter abzuschütteln. Die englische Diplomatie umarmt in der internationalen Seebund die zaristischen Wehrkrieger, die das russische Volk in blutigen Kämpfen aus seinem Lande verjagt hat. Doch die englische Diplomatie spricht die ehrene Sprache der Menschlichkeit, wenn sie mit der Volksmasse, die lebensschafflich um ihre Befreiung von Joch des Schaventums ringt, in Beziehung kommt. Besonders wird jedoch die englische Diplomatie gegen die Arbeiter, gegen jene unerschrockenen Schanghaier und Nanjing Proletariat, die ihre Feindgegnung und Unterstützung der englischen Bergarbeiter sammeln und deren heldenmütigen Kampf ätzend verfolgen.

Doch dieses Feuer ist ein Feuer gegen die gesamte national-revolutionäre Front. Die englischen Konventionen, die mit Kanon Beschuldigungen führten, haben mit einem Male die Wäste der Scheinheiligkeit und Heuchelei abgelegt und sich wiederum vor allen Werktätigen und in erster Linie vor dem chinesischen Volke — vor den Arbeitern, Bauern, kleinen Leuten in Stadt und Land und vor den Studenten — als graujame Räuber und Gewalttäter gezeigt. Die Vereinigten Staaten, die mit der nationalen Bewegung liebäugelten, mit der chinesischen Revolution sozietieren, haben plötzlich den rohen Schleier abgelegt und ihre militärische Unterstützung bei den Massenmorden, bei der Demolierung und Plünderung chinesischer Städte dokumentiert.

Bersammlungsverbot für RFB in Leipzig

Die Leipziger bürgerliche Presse verbreitete in ihrer Nummer vom 29. März in großer Aufmachung eine Lügenmeldung, wonach am 28. März 100 Kommunisten einen Wehrwollangehörigen überfallen hätten. In dieses durchsichtige Manöver, den Eindruck des Hochverratsbeschlusses in Berlin-Schillerstraße durch einen Gegenangriff aufzuheben, knüpfte die bürgerliche Presse die Forderung, ein Bersammlungsverbot und womöglich das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes überhaupt auszusprechen.

Die Forderung der bürgerlichen Presse wurde rasch erfüllt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Meißner hat die wüste Hebe der „Leipziger Neuzeit Nachrichten“ noch übertrumpft und folgende Verfügung getroffen:

„Das Polizeipräsidium und die Amtshauptmannschaft Leipzig sehen sich veranlaßt, zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit dem Roten Frontkämpfer-Bund und den ihn einschließenden Organisationen sämtliche Umzüge und Bersammlungen unter freiem Himmel in dem Bereiche des Polizeipräsidiums und der Amtshauptmannschaft Leipzig bis auf weiteres zu verbieten. Das Verbot tritt sofort in Kraft.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ nahm zu diesem unerhörten Verbot Stellung und schreibt unter der Überschrift „Ein unverständliches Polizeiverbot“ u. a. folgendes:

„Die roten Frontkämpfer in Leipzig haben sich in den letzten Monaten keines Verhaltens schuldig gemacht, das ein Verbot der von ihnen geplanten Demonstrationen rechtfertigt.“

Mit anderen Worten: Das sozialdemokratische Parteiorgan wagt vor der Arbeiterschaft die arbeitserfindliche und feindschaftliche Handlung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten nicht zu verurteilen.

Diesem Verbot kommt eine über Leipzig und Sachsen hinausgehende Bedeutung zu. Sie ist nach dem Berliner Blutbad ein weiterer Terrorakt gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft. Während die sozialdemokratischen Führer in Berlin nichts gegen den Stabshelmaufmarsch unternahmen, organisierten sie in Leipzig im

Bunde mit der Bourgeoisie eine Hebe gegen die roten Frontkämpfer, die womöglichst noch die Berliner Hebe übertrifft. Der Zweck dieser Hebe kann nichts anderes sein, als ein generelles Verbot des RFB vorzubereiten.

Der Bürgerblockschismus machiert. Er stößt auf der ganzen Linie vor. Duisburg, Düsseldorf, Berlin, Leipzig sind erste Alarmzeichen. Auch die Einheitsfront der proletarischen Gegenwehr formiert sich. Reichsbannerarbeiter, sozialdemokratische Arbeiter wenden sich von den Methoden von Grausamkeit, Pfeißer und Komp mit Empörung ab. Ein Teil von ihnen begrüßt die Initiative der Kommunisten, die breite Arbeiterfront gegen den Bürgerblockschismus zu organisieren. Es gilt, diese gefühlsmäßige Empörung in entschlossene Tatbereitschaft und in dauerhafte Bündnisformen der proletarischen Einheitsfront umzuwandeln.

Mordheiden des Stabshelms

(Vgl. Drahtm.) Berlin, 30. März.

Die „Rote Fahne“ ist in der Lage, eine Mitteilung der Berliner politischen Polizei an die Schupo zu veröffentlichen, in der es heißt:

„Der Hauptmann des Reichsbanners Berlin-Brandenburg teilt mit, daß in letzter Zeit seit Beginn des Monats an zahllosen Türen von Häusern, in denen Reichsbannerangehörige wohnen, in allen Teilen der Stadt besondere Zeichen bemerkt worden sind. Bei allen Begehungen fehlt regelmäßig ein Zeichen wieder, das aus zwei wogerechten grünen Kreisbändern und einem leuchtenden roten Strich besteht. An Häusern, in denen Angehörige der kommunistischen Partei wohnen, soll sich ein rotes Dreieck befinden. Die Zeichen werden immer wieder angebracht, selbst wenn sie mehrfach entfernt werden.“

Wir mit dem erfahren, sind diese Zeichen, die von Stabshelmen angebracht werden. Tragen aber die Reichsbannerleitung die Meldung erhaltet, hat sie nach wie vor die Pflicht, am 7. und 8. Mai ihre Mitglieder aus Berlin herauszuschieben.

Der Wahrheit muß man ins Auge schauen:

England und Amerika haben einen großen Krieg gegen das chinesische Volk eröffnet.

Nur Vertreter der Interessen der Werktätigen können vom Pazifismus des Kapitals reden. Nur schamlose politische Scharlatane können den Widerstand verurteilen, der die Förder des chinesischen Volkes deckt, denn dort befehligen die englischen Konventionen, die Henker Schanghaier, die Henker Nanjings, die Henker Nanjings.

Die heuchlerische Lüge der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, daß die imperialistischen Truppen zum „Schutz der Frauen und Kinder“ nach China entsandt werden, offenbart sich jetzt allen in ihrer ganzen unerschulchten Widersinnigkeit. Die imperialistischen Truppen werden nach China entsandt, um die Profite der Imperialisten zu sichern, um die Revolution zu erschöpfen, um die chinesischen Arbeiter und Bauern zu vernichten, um den Henkern zu helfen, um gemeinsam mit dem zaristischen Geißel und den reaktionären Ueberbleibseln des kaiserlichen Chinas die Freiheitsbewegung der breiten chinesischen Volksmassen abzuschlagen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ruft alle Werktätigen, alle Arbeiter, Landarbeiter und Bauern, alle Gegner der imperialistischen Gewalttätigkeit, alle Unterdrückten auf, das Banner des Proletariats gegen den begonnenen neuen Henkerkrieg zu erheben.

Es kann keine einzige Arbeiterorganisation geben, die sich weigern würde, ihre Stimme zu erheben, oder die feige schweigen würde in dieser blutigen Stunde. Derjenige, der angeht der Leichname der 7000 Opfer von Nanjing verurteilt wird, sich die Hände zu waschen und dem Kampfe auszuweichen, ist ein Verräter, ein dreifacher Verräter.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Soldaten und unterdrückten Völker der ganzen Erde und ruft sie zum entschlossensten Protest gegen die imperialistischen Gewalttaten in China auf.

Die „christliche“ Diplomatie, die die Lehre der „Gleichheit“ befolgt, beträdigt die Chinesen nicht als Menschen. Dies müssen die Völker Afrikas und Asiens einsehen. Dies müssen einsehen die Negers, Indes, Malaien, Chinesen, die Hunderte von Millionen von Werktätigen, die unter dem Joch der europäischen und amerikanischen Plutokratie jähnen. Die

Kommunistische Internationale ruft Euch zum Kampf gegen die imperialistische Vorgehensweise. Erhebt das Banner des Proletariats gegen den Wahnsinn der imperialistischen Soldat!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet an die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt die Aufforderung, einen energischen Kampf gegen den begonnenen neuen Krieg, dessen Auswirkungen unübersehbar sein können, zu eröffnen.

Organisiert eine breite Protestaktion gegen diesen frevelhaften Henkerkrieg!

Fordert die unverzügliche Zurückziehung der Truppen aus China! Verhört mit allen Mitteln die Entsendung neuer Truppen und neuer Munition!

Deckt auf Schritt und Tritt die Feindschaft, die Heuchelei und den Verrat heres auf, die das frevelhafte Wesen des neuen Krieges verurteilen!

Genossen! Vor zehn Jahren verurteilte die internationale Bourgeoisie, mit England an der Spitze, die Macht der Arbeiterklasse im ehemaligen zaristischen Rußland zu kürzen. Sie brachte ihre Truppen ins Land, bombardierte Städte, schloß mit den reaktionären Generalen Wlads ab, zettelte Verschwörungen und Aufstände an, lag von Greuelen der Volkshelmen — griff zu den bewährten Methoden der „zivilisierten“ Diplomatie. Doch die mächtige Volksbewegung machte einen Strich durch die Rechnung aller Volkseinde — der Gutschloffer, der Bankiers, der Generale usw.

Zehn Jahre später erhob sich das chinesische Volk. Gegen dieses geht jetzt das internationale Kapital, mit England und Amerika an der Spitze, vor. Diese „Christen“ können Tausende, selbst Zehntausende hinschlachten. Doch sie können nicht das Halbmilliarden-Volk, das sein Freiheitsbanner erhob, erschlagen.

Mit allen Kräften, mit allen Mitteln müßt Ihr mit der chinesischen Revolution sein!

Nieder mit dem Kampf gegen das sich befreiende China! Nieder mit den Henkern der chinesischen Revolution! Nieder mit allen Beschützern der Henker! Es lebe die organisierte Abwehr gegen den imperialistischen Raub, es lebe der Sieg des chinesischen Volkes.

Moskau, 27. März 1927.

Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Am Rande des Defizits — oder die wieder-gefundenen Millionen

Tatsächlich ist es gestern dem Hauptauschuß des Reichstags gelungen, auf Kosten der Erwerbslosen, der Mittelschichten und der Kinderpeinigen, den Bürgerlohn vom Rande des Defizits zurückzuführen. Der Ausgleich der 720 Millionen brachte eine ganze Serie von kleineren und größeren, aus allen Ecken und Werten langend, plötzlichen Zusätzen und Subtraktionen von Millionen ein. Sie sollten entweder noch als Heberisch erachtet oder als waghalsigster Heberisch erachtet oder als mobilisierender Fonds oder als noch nicht erforderliche Ausgabe, die man erparen könnte, enden wollen. Eigentlich war der Streit, den der neue Reichsfinanzminister Dr. Brüderer mit den Demokraten ausfocht, ob er über Reichslohn, der frühere Minister, mit falschen Zahlen operiert hat.

Genosse Koenen wies als Fraktionsredner nach, daß einer von beiden dem anderen Minister etwas vorzuziehen haben muß. Unter Rechner steht die Ergebnisse der statistischen Streitigkeiten kurz dahin zusammen: Die rechte Hand des Dr. Reichslohn hat sich als ein Heberisch erwiesen. Ihr Kurs ist trotz großer Rückschläge kaum zu halten. Aber die wenigen Hundert Millionen, die man ankommen konnte, haben schon zu einer Befestigung des Geldmarktes und Erhöhung der Reichsrenten beigetragen. Die plötzliche Entdeckung von 300 Millionen Mark als vorläufiger Mehrbetrag der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind eine Blamage für beide Minister. Diese plötzlichen Entdeckungen hundert von Millionen zeigen den Erwerbslosen, Sozialrentnern sowie den Arbeitern, daß sie nicht im Irrtum sind, wie von der jetzigen Regierung ihre berechtigten Forderungen auf Zulagen ganz unberücksichtigt mit Geldmarkt zurückgewiesen wurden. Weitere 200 Millionen sind nämlich noch aus dem Betriebsmittelfonds darzulegen und außerdem werden plätzlich noch 200 Millionen Arbeitslosen aus dem Jahre 1929 zur Verfügung zu erlangen. In diesen drei Positionen insgesamt 600 Millionen Mark als wiedergefunden für die Defizitdeckung vorhanden. — Was noch fehlt ist am Defizit, das will man beden durch die Streichung der 50 Millionen für die Erwerbslosen, 5 Millionen für Kinderzuschüsse und ähnliche reaktionäre, antihumane Maßnahmen. — Streichungen am Budget wurden glatt abgelehnt. Dabei hielten sogar die Demokraten eine Streichung von 75 Millionen für möglich, während die Bürgerlohnparteien ursprünglich über eine Streichung von 25 Millionen am Budget nachdachten. Aber diese Wünsche haben sich im letzten Rechner nicht wiedergetragen und den demokratischen Streichungsvorschläge wie die viel weiter gehenden präzisierten Streichungsanträge der Kommunisten abgelehnt. — Zu alledem stellte sich dann noch heraus, daß an Steuererlägungen und Einnahmen für das Jahr 1929 noch 100 Millionen zu rechnen.

Davon ist die Hälfte noch nicht einmal gemahnt worden. Angesichts wegen Heberlichkeit der Finanzminister. Unser Rechner verlangte energische Enttarnung der Rückstände unter Freilassung der in Not befindlichen Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. — Er hofft, daß die widerprüchliche, kanakale Finanzwirtschaft mit der Verschlebung und Verschönerung von Hunderten von Millionen den wertigen Massen endlich über das korrupte System die Augen öffne. Die bürgerlichen Parteien erlauben für diesen Schaden die vermessenen Ausreden. Sie geben zu, daß nimmher 3. B. für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene etwas getan werden müßte. Aber Genosse Torgler kann beantragen, für Gehaltssteigerung für Unterbeamte 150 Millionen Mark bereitzustellen, lehnte das die große Bürgerlohnpartei gemeinsam ab. Freitag und Samstag steht dieser Finanzskandal in der öffentlichen Reichstagsführung zur Verhandlung.

Die Beamten sollen weiter hungern

Der Bürgerlohn gegen eine Befoldungserhöhung

Zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung hatte die kommunalistische Fraktion erneut den Antrag gestellt, der Erhöhung der Zulage zum Grundbesitz für die Befoldungswagen 1 bis 4 von 12% auf 40 Prozent, für die Gruppen 5 und 6 von 12% auf 30 Prozent und für die Gruppe 7 von 10 auf 20 Prozent herabzusetzen. Genosse Torgler begründete kurz diesen Antrag. Er wies auf die ungeheure Notlage hin, in der sich die Beamten der unteren Gruppen befinden. Die Beamten seien jetzt jahrelang durch Versprechungen eingebaldet worden, so in der Frage der Viereljahresgehaltsabstufung, der neuen Befoldungstabelle und der Erhöhung der Zulage zum Grundbesitz. Die Beamten sind jetzt glückselig gemacht worden mit diesem ausbleibenden Betrag an der Beamtengehalt. Der Antrag, ebenso die Einsetzung der erforderlichen 150 Millionen in den Etat wurde mit den Stimmen der Bürgerlohnparteien gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten angenommen.

Kommunistische Wahlerfolge

Sannover, 29. März.

Die am 27. März stattgefundenen Gemein- und Kreiswahlen im Landkreis Wülfersburg zeigen, daß die Kommunistische Partei auch in den ländlichen Gegenden in einem für sie sehr günstigen Ergebnis die Wahl gewann. Während die Stimmen der SPD. zurückgingen, sind die Stimmen für die KPD. gewachsen. Das ist im ganzen Landkreis Wülfersburg wie auch in der Gemeinde Beete, in Wethen, in Wülfers, Steinhagen usw. festzustellen.

Unser Programm

Von H. Dorn (Schluß)

Welche sind jene Hauptfragen, die bei der Anwendung des gemeinsamen Programms aller Sozialdemokraten auf Rußland entstehen? Wir sagten bereits, daß das Wesen dieses Programms in der Organisierung des Klassenkampfes des Proletariats und in der Führung dieses Kampfes besteht, dessen Endziel die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist. Der Klassenkampf des Proletariats teilt sich in ökonomischen Kampf (Kampf gegen einzelne Kapitalisten oder gegen die einzelnen Gruppen von Kapitalisten) und die Verbesserung der Lage der Arbeiter) und in politischen Kampf (Kampf gegen die Regierung um die Erweiterung der Rechte des Volkes, d. h. um die Demokratie und um die Erweiterung der politischen Macht des Proletariats). Einige russische Sozialdemokraten (darunter augenscheinlich auch jene, die die Zeitung „Rabotshaja Wost“ leiten) betrachten den ökonomischen Kampf als den unvollständigsten und werden dabei fast so weit, den politischen Kampf in eine mehr oder weniger ferne Zukunft zu versetzen. Ein solcher Standpunkt ist vollkommen unrichtig. Alle Sozialdemokraten sind sich darin einig, daß es notwendig ist, den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren, daß es notwendig ist, eine Agitation unter den Arbeitern auf dieser Grundlage zu entfalten, d. h. den Arbeitern in ihrem tagtäglichen Kampf gegen die Unternehmer zu helfen, ihre Aufmerksamkeit auf alle Arten und Fälle von Schikanen zu lenken und ihnen in dieser Weise die Notwendigkeit der Vereinigung zu erläutern. Aber wegen des ökonomischen Kampfes den politischen zu versetzen, würde bedeuten, vom wichtigsten Grundgesetz der internationalen Sozialdemokratie abzuweichen, es würde bedeuten, das zu versetzen, was uns die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt. Genossenschaftliche Anhänger der Bourgeoisie

Die Porzellanarbeiter für Weiterführung des Kampfes

60 000 Arbeiter bereits ausgesperrt

Die Unternehmer der Porzellanindustrie haben am 28. März trotz Schiedspruch die Aussperrung bis auf wenige Ausnahmen in Mittel- und Norddeutschland, Thüringen, Bayern und Schlesien vollzogen. Am 2. April sollen auch die übrigen Betriebe folgen. Durch die vom Reichsarbeitsministerium morgen zu erwerbende Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches soll der Kampf abgebrochen werden, die Arbeiter sollen auf diese Weise zur Annahme des für die Unternehmer durchaus tragbaren, für sie aber untragbaren Schiedspruches gezwungen werden. — Die Stimmung der Aussperrten steigt folgende uns aus Wittenberg eingehende Meldung: —

(Via. Med.) Kleinwittenberg, 29. März.

Die heute stattgefunden Besammlung der freitenden Porzellanarbeiter lehnte einstimmig den gefassten von uns im Auszug begründeten Schiedspruch ab. Sie gelobten, mit allen Mitteln für ihre Forderungen im Kampf auszuhalten. Selbst Feind vom FV, sprach für Ablehnung.

Was wird man tun, wenn am Donnerstag die Verbindlichkeitsklärung durch das Reichs-Arbeitsministerium erfolgt — so fragen die freitenden Arbeiter?

Wir haben gefordert bereits darauf hingewiesen, wie die Fabrikarbeiter durch alle Anketten trifft, mit der Verbindlichkeitsklärung auch diesen Kampf erledigt sein zu lassen. „Was wird man tun?“ — Die Arbeiter selbst müssen Stellung nehmen wie in Kleinwittenberg. Die ADGB-Karteile, die Arbeiter aller Industrien müssen zu der auch für sie, für den gesamten ADGB, entscheidenden Fragen der Kampfstrategie Stellung nehmen. Arbeiter, heraus! Sorgt dafür, daß die Gewerkschaften schärfsten Kampf führen gegen das heulige Schiedsgericht.

Die Annaburger Steingutarbeiter den Handpflanz

In einer Streikbesammlung in Annaburg wurde Stellung genommen zu dem gefassten Schiedspruch und dieser entschieden abgelehnt. Ganze 6 Prozent hat der Schlichter, Dr. Hauschild, zugestimmt. Im Mantelvertrag hat man jede Verbesserung ab-

Die Komödie ist aus

Sozialdemokratische Vertrauensfindung für die Reichswehr mit Mißtrauensantrag gegen Geiler

Der deutsche Reichstag ist wahrlich nicht arm an Komödien. Aber der letzte Akt der dort aufgeführten Komödie, „Sozialdemokratie gegen Reichswehr“, ist doch ein ganz besonderes Stück. Dieser Akt war härter als die vorangegangenen Akte, härter noch als das Verpiel im Spettakelstück, das Verpiel von den Sozialdemokraten für Reichswehrgeheimnisse. Die gewaltige „Opposition“ der Sozialdemokratie, die endete gefasst, das kann kein Arbeiter mehr überleben, mit einer fast unerschütterlichen Vertrauensfindung für die Reichswehr, mit einer Solidaritätserklärung für die Ziele des deutschen Imperialismus, mit einer vollständigen Unterwerfung unter die Wehrpolitik des Hindenburg-Blods, und keinem Arbeiter, nicht einmal den verbliebenen Sozialdemokraten, kann es entgangen sein, daß dies ein Akt der Komödie ist, der die Reichswehr, die Reichswehrminister nur das letzte Niederschlag darstellt, das die vollständige Kapitulation vor der Reichswehr nicht mehr verschleiern kann.

Dieses Mißtrauensvotum hat die SPD. eingebracht, damit sie um so besser der Reichswehr ihr Vertrauen aussprechen kann. Die Sozialdemokratie wird den Etat der Reichswehr bewilligen. Was ist im Reichstag bei der Abstimmung über den Etat abgelaufen, das kann man nicht anders bezeichnen, als ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Bürgerlohn und Sozialdemokratie und dieses Spiel, es ist zugleich das Ende der sozialdemokratischen Oppositions-

lombdie. Im Augenblick der Reiz hat verschärfende Kriegsgefahr hat die sozialdemokratische Reichswehrpolitik nicht nur eine unangenehme Bedeutung. Die gesamte Opposition im Reichstag, nur eine einzige Demonstration für die deutsche Zukunft. Der Reichswehrminister Geiler forderte diese Aufstellung. Die Vertreter des Bürgerlohn, allen voran der sozialdemokratische Zentrumsmann, forderten die Aufstellung, um dem Oberen hat zu zeigen, der konnte vernommen, daß auch der Sozialdemokrat mit verteilten Rollen die Absichtungen zu verstehen gab, daß er begreife, auch in diesem Punkt. Wenige Tage nach der letzten Entlassung der Reichswehr im Berliner Jemenorodprozeß erließ die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands ihr weitgehendes Vertrauen mit ihr. In den letzten Tagen der großen Kriegszeit, die seit dem Vertrauen der Reichswehr der Arbeiter, die jetzt der deutsche Sozialdemokratie für die Unmöglichkeit und die Demagogie dieses legal und illegal als gefährliches Kriegsinstrument aufgegebenen Schwermetalls aus und läßt durchdringen, daß ihr pazifistischer Herz auch die weiteren Pläne der deutschen Imperialisten begreiflich sind.

und der die dienenden Regierung haben sogar des Ähreren verlust, rein ökonomische Arbeiterverhältnisse zu spezifizieren und sie dadurch von der „Politik“ zum Sozialismus abzuwenden. Es ist sehr leicht möglich, daß auch die russische Regierung es verstehen wird, irgend etwas Ähnliches zu unternehmen, das sie immer bestrahlt war, dem Volk einige Trutzgelber, oder richtiger Scheingelächter hinzuwenden, um zu verhindern, daß es sich seiner Rechtlosigkeit und Unterdrückung bewußt wird.

Kein ökonomischer Kampf kann den Arbeitern eine dauerhafte Verbesserung ihrer Lage bringen, er kann sogar nicht in breitem Umfang geführt werden, wenn die Arbeiter nicht das Recht haben werden, Verfassungen in zu veranlassen, sie in Verfassungen zu vereinigen, ihre Zeitungen zu haben, ihre Vertreter in Volksversammlungen zu entsenden, wie dies die Arbeiter Deutschlands und aller europäischen Länder (außer der Türkei und Rußland) tun. Um aber diese Rechte durchzusetzen, muß ein politischer Kampf geführt werden. In Rußland sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch alle Bürger der politischen Rechte beraubt. Rußland ist eine unbeschränkte absolute Monarchie. Der Zar allein gibt Gesetze heraus, ernannt die Beamten und kontrolliert sie. Dabei ist es, daß in Rußland der Zar und die zaristische Regierung von seiner Klasse abhängen und für jeden gleichgültig sorgen. In Wirklichkeit aber werden alle Beamten nur aus der Klasse der Besitzenden genommen, und alle sind dem Einfluß der Großkapitalisten unterworfen, die alles durchsetzen, was sie wollen — die Minister tanzen, wie die Großkapitalisten pfeifen. Auf dem Rücken des russischen Arbeiters liegt ein doppeltes Joch: Er wird von den Kapitalisten und von den Gutsherrn herab und ausgeplündert, und damit er nicht gegen sie kämpfen kann, wird er an Händen und an Füßen von der Polizei gefesselt, wird ihm der Mund verstopft, steht jeder Versuch, das Recht des Volkes zu verteidigen, Verfassungen nach sich. Jeder Streik gegen einen Kapitalisten führt dazu, daß man auf die Arbeiter Militärs und Polizei losläßt. Jeder ökonomische Kampf verdammt sich mit Notwendigkeit in einen politischen Kampf, und die Sozialdemokratie muß

gelehrt. Nur die Unzufriedenheit hat eine kleine Verbesserung erhalten, aber nicht den gefassten Forderungen entsprechend. In der Arbeitszeit kann der Unternehmer je nach Lage 8 Stunden arbeiten lassen. Die Frauenlöhne haben in den notleidenden Betrieben einen Abzug von 5 Prozent erfahren. Einmütig sollte sich die Versammlung hinter die einmal gefassten Forderungen. Es wurde beschlossen, an den Hauptort zu schreiben, daß unter keinen Umständen eine Annahme stattfinden darf, und der Kampf auf breiterer Grundlage weiter zu führen ist. Gleichzeitig sollen die Angehörigen aufgefordert werden, sich der Organisation anzuschließen.

Die Verlesungsfrage hat man überhaupt nicht berücksichtigt. Die Annaburger Arbeiter stellen sich vollständig hinter die Streikleitung und werden den aufzunehmenden Kampf zu Ende führen. Der heilige Unternehmer beabsichtigt, die Unorganisierten mit 10 Mark Vorlohn unterzuziehen zu wollen, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen. Kollegen! Haltet gefassten fest an den Forderungen! Keiner darf dem anderen in den Rücken fallen!

Der Mantelteil für das Buchdruckergewerbe angenommen

Am der Urabstimmung beigefassten sich 64 704 Buchdrucker. Davon stimmten 43 204 für Annahme, 20 884 dagegen. Damit ist der neue Tarif angenommen und tritt am 2. April in Kraft (bis zum 31. März 1929). Am 29. März erklärten sich von 3401 abgegebenen Stimmen 2549 für, 816 gegen die Annahme; 36 Stimmgäbe waren ungültig. — Die Abstimmung zeigt, wieviel aktive Arbeit hier noch zu leisten ist, damit die Buchdrucker Massenbewegung werden und sich gegen ein solches Wachstum wie den Mantelteil wenden. Von dem 29. März haben sich 88 Prozent an der Urabstimmung beigefassten. Von den 3456 gültigen Stimmen lauteten 3174 auf Ja und 2282 auf Nein. In Berlin ist eine knappe Zweidrittelmehrheit für Annahme zu verzeichnen.

Verbindlichkeitsklärung im graphischen Gewerbe

Der Schiedspruch zur Aufhebung des Reichsarbeits für die Hilfsarbeiter in der Buch- und Zeitungsdruckeriein auf die Dauer von zwei Jahren ist für verbindlich erklärt worden.

Schwarze Reichswehr

(Via. Drapim.) Weisk, 30. März. Der Polizei ist es gelungen, in Gießen ein ehemaliges Mitglied der schwarzen Reichswehr zu verhaften, das beschuldigt wird, das Mitglied der schwarzen Reichswehr, den Feldwebel Wegner, 1923 ermordet zu haben.

Metallarbeiter-Verbindungen gekheitert

Die getrigen Verbindungen in Magdeburg verlieren ohne Ergebnis, der Vertreter der Industriellen nach wie vor jede Verbesserung in der Lohn- und Arbeitszeitfrage ablehnt. Heute ist demnach entweder die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche oder die Einberufung neuer Verhandlungen zu erwarten. Für die Metallarbeiter gibt es nur eins: Fortsetzung und Steigerung der Kampagne gegen das Schiedsgericht; Organisierung der Massen zum offenen Kampf für den Achtundtag und die erhobene Forderung von 80 Pf.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Neuer Verfassungsbruch in Bayern geplant. Wie verlautet, besteht bei der bayerischen Regierungskanzlei die Absicht, die Geltungsdauer des Landtages, die gesetzlich nur bis zum Frühjahr 1928 reicht, bis zu den kommenden Reichstagswahlen im Dezember 1928 zu verlängern. Die kommunistische Partei Großbritanniens veröffentlicht einen Aufruf, worin sie auf die Erklärung der Tätigkeit der Komites der Arbeiter von China zu, zur Organisierung der direkten Aktion aufruft, um die Zurückziehung der britischen Truppen aus China zu erzwingen und die Regierung Baldwin zur Demission zu zwingen.

Zur ordentlichen Sitzung des Anglo-Russischen Komites ist die Delegation des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, die sich aus den Genossen Lemki, Dogotow, Andrejew und Melnikow zusammensetzt, nach Berlin abgereist. Aufhebung der Militärkontrolle in Fort-Kuansan. Nach Kenntnisnahme des Berichts der Kontrollkommission über den Stand der Ausführung der Entwaffnungsauflagen durch Ungarn hat die Reichswehrleitung in voller Übereinstimmung mit den an der Frage interessierten Regierungen beschlossen, daß die Tätigkeit der Kommission am 31. März eingestellt wird.

Ökonomischen und politischen Kampf unüberbar zu einem einheitlichen Klassenkampf des Proletariats verbinden.

Das erste und das Hauptziel eines solchen Kampfes muß die Entämpfung politischer Rechte, die Entämpfung der politischen Rechte sein. Wenn es den Petersburgern Arbeitern allein, bei einer geringen Unterstützung seitens der Sozialisten, gelungen ist, von der Regierung in kurzer Zeit Zugeländnisse — die Herausgabe des Gesetzes über die Verkürzung des Arbeitstages — zu erwirken, dann wird die gesamte Arbeiterklasse, geführt von einer einheitlichen „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, durch hartnäckigen Kampf auch unvergleichlich wichtigere Zugeländnisse durchsetzen können.

Die russische Arbeiterklasse wird es verstehen, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihre andere Klasse zu Hilfe kommen würde. Im politischen Kampf haben jedoch die Arbeiter nicht allein. Die vollständige Rechtlosigkeit des Volkes und die ziellose Beamtenpolitik empören alle, auch nur einigermaßen ehrliche Gebildete Leute, die sich nicht in der Verfolgung jedes freien Wortes und jedes freien Gedankens aufhalten können; sie empören die verfolgten Polen, Finnen, Juden, jüdischen Sektierer, sie empören die kleinen Kaufleute, die Industriellen, die Bauern, die gegen die Schikanen der Beamten und der Polizei nirgends Schutz finden können. Wie viele Bevölkerungsgruppen sind also in einem jeden politischen Kampfe unzufrieden; wenn aber die Arbeiterklasse das Banner eines solchen Kampfes erhebt, wird es von allen Seiten unterstützt. Die russische Sozialdemokratie wird sich an die Spitze aller Kampfe um das Recht des Volkes, aller Kampfe um die Demokratie stellen, und dann wird sie unüberlegbar sein.

Das sind unsere grundlegenden Auffassungen, die wir in unserer Zeitung systematisch und allseitig entwickeln werden. Wir sind davon überzeugt, daß wir in dieser Weise den Weg beschreiten werden, den die „Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ in ihrem „Manifest“ vorgezeichnet hat.

Die Kynows über China und die englisch-russischen Beziehungen

(M.S.B.) Moskau, 29. März.
In einer Rede auf dem Moskauer Gouvernementsratkongress er-
klärt die Kynow die Bedeutung der internationalen Politik in Bezug auf einen
Krieg mit Japan. Sie gibt es genug Gründe vor, die den Frieden
zu gefährden. Bei der gegenwärtigen überaus verwickelten interna-
tionalen Lage kann eine derartige Entwicklung in der inneren An-
sicht Chinas einen großen Krieg in China hervorrufen, der
sicherlich in seiner logischen Entwicklung zur Quelle von Ver-
wicklungen nicht allein auf dem asiatischen Kontinent, sondern auch



„Internationale Presse-Korrespondenz“

Der ganzen Welt werden kann. Für die Sowjetunion bestand
die Gefahr darin, daß japanische politische Truppen zu bewei-
sen, daß zur Unterdrückung der nationalen Freiheitsbewegung in
China und anderen Ländern in dieser Weise die Moskauer Revolu-
tion unterdrückt werden müsse. Gegenwärtig kann ziemlich sicher
angenommen werden, daß direkte Kriegshandlungen gegenüber der
Sowjetunion mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in der näch-
sten Zeit nicht mehr stattfinden werden. Wenn das gegenwärtige
Verhältnis der Kräfte bestehen bleibt, so den englisch-russischen
Beziehungen erklärt Kynow: Obwohl offizielle Regierungsvertreter
auf beiden Seiten die Möglichkeit einer militärischen Intervention
nicht zu haben, so werden dennoch die Beziehungen der beiden
Mächte zu bleiben, man ist freilich niemandem angezweifelt. Viel-
leicht übertrifft Chamberlain tatsächlich nicht die Schaffung eines
europäischen Bündnis, sondern ist womöglich sogar bemüht,
seine eigenen Maßnahmen hinsichtlich der Unterstützung der englischen
Beziehungen diese Verbindungen nicht. Weiterhin
sind sich alle, die den Sturz der Sowjetmacht antreiben, hierin
über Chamberlain vollkommen einig. Wir sind am weitesten
von Chamberlain entfernt, daß eine derartige Lage entstanden ist.

Brovokratorische Forderungen Englands

(Eig. Draht.) Schanghai, 30. März.
Der englische Konflikt hat angefangen, die englische Regierung
angeht von der Kanton-Regierung wegen der Ereignisse in Kan-
ton nicht nur eine Entschädigung, sondern auch materielle
Hilfen. Eine englische Kommission ist bereits zur Festlegung
der Schäden nach Kanton abgereist.

Die Arbeiter Schanghai kontrollieren die Ausländer

(M.S.B.) London, 30. März.
„Chicago Tribune“ meldet aus Schanghai: Gestern nachmittag
haben die Nationalisten die Eröffnungszereemonie der örtlichen
Gewerkschaften ab. Nach Meldungen chinesischer Blätter

Zement

Von Fedor Glawow
Copyright 1926 bei Verlag für Literatur und Politik
(Dr. Johannes Wertheim) Wien
Aus dem Russischen überträgt von Olga Halpern

Er lag lange durch den Messingstirn die gigantischen — in ihrem
so leicht und so leicht — auf die rote, — in ihrem
schon, die wie lebendige Figuren hinter den Schwunggraben
stehen und stehen, und hier, neben den Schwunggraben, deren
Bewegungen unerlässlich und durch ihr Schweben beunruhigend
sind, können nur heiße Wälder ins Gesicht, auf die Hände, in
Blut und erschütterten Gesicht durch ihren tiefen Atem. Ganz
plötzlich verlor er sein Bewußtsein und ging in diesem befehligen
Schwung, in den heißen Wäldern auf und stand da — ohne
Ansehen, ohne Stille, ohne Distanz und Zeit.
Und Virginia erwartete ihn dann immer wieder zum Leben. Er
lag unter den Armen und flüchte ihn schweigend zur Glas-
tür, hinter der sich zwischen den Bergen das Meer und die durch-
scheinenden Felsen blau und dünnlich ausbreiteten.
Und auch Virginia war nicht mehr derselbe, dem er im Frühling
genet war. Er trug dieselbe fettige Käppi, hatte dieselbe
Haar, die dem Käppi gleich, die Badenköpfe und das Rinn waren
so leicht und so leicht, und der schwarze Band ihr wie
er in leuchtenden, roten — Forten im Gesicht. Aber seine Augen
sahen schon fast und hart und schimmernden wie die Messing-
stücke der Dieselmotoren. Er hörte und zeigte sich nicht mehr
auf wie früher, sondern schaute gepannt dem Flüster- und
Hagen der Maschinen. Und ihr Gespräch hing immer so an:
„Armeeoffizier, Armeeoffizier?“
„Ja, Leutnant, es geht immer vorwärts.“
„Wohin? Dein Gesicht nicht brechen?“
„Was für ein? Bist Du von Sinnen? Wohin in die
Welt, Du Niederträchtiger Du. Das wird Dir gut tun.“
„Armeeoffizier, hol Dich der Teufel, zusammen mit der
Wachtel. Was ist denn die Wachtel — für mich existieren nur die
Maschinen. Es existiert eine Wachtel und es existieren Maschinen.
Wach nicht, was das ist, die Wachtel, ich meine nur das Leben
in Maschinen. Und wenn Maschinen existieren, so müssen sie
leben. Ich mag keine Schwärmer. Geh Du nur Deinen Weg,
Armeeoffizier.“
Und unterdrückt schloß seine Worte und ging mit unge-
heuren, schließlichen Schritten ein wenig vorwärts, wie sich unglei-
chen, von Glas weg, tauchte in den dümmlichen Gängen zwischen
den Dieselmotoren unter und kam nicht mehr hervor.

General Thangatschke anwendet. Er schlägt vor, angeführt
der gegenwärtigen gespannten Lage die Zeremonie aufzuschieben.
Die Politiker gingen aber auf seine Vorschläge nicht ein. Die
benanntesten nationalpolitischen Kreise haben beschlossen, alle
Ausländer, die das Gebiet der Schenkelstadt betreten, auf Waffen-
besitz hin zu untersuchen.

Eine halbe Milliarde

Bevölkerung hat China, die sich durch ihren streitigen Kampf
der Kanton-Armee von den fremden Mächten mit ihren Vor-
rechten und Räubermethoden befreit. Uebst Solidarität mit
den heldenmütigen Kampfrütern der Kuomintang. Kennst
Du schon die Broschüre: Kanton-Schanghai, 28 Seiten, Preis
10 Pf.? Sie gibt Antwort auf alle einschlägigen Fragen.

Der Moskauer Sowjet an das Weltproletariat

Moskau, 28. März.
In der ersten Sitzung des neuwählten Komplexs von Moskau
wurde eine Erklärung an das internationale Proletariat ange-
nommen, worin zum Kampfe gegen die zunehmende Gefahr einer
Einheitsfront gegen die Sowjetunion und gegen die chinesische
Revolution aufgefordert wird.

Der englische Druck auf Italien

(Eig. Draht.) Rom, 30. März.
Der englische Gesandte für die baltischen Staaten, der seinen
ländlichen Wohnsitz in Riga hat, ist für die nächste Zeit nach Rom
übergesiedelt, um auf die italienische Regierung einen Druck auszu-
üben, damit sie sich mit Italien verständigt. Die englische Regierung
will ein Zusammengehen der drei baltischen Staaten Estland,
Lettland und Litauen, der Frage des Garantievertrags mit
Sowjet-Rußland verhindern.

Italien baut eine Kriesschliffotte

(Eig. Draht.) Rom, 30. März.
Bei der Debatte über das Militärbudget erklärte der Staats-
minister Balbo, die italienische Regierung wolle in einem zu-
künftigen Kriege auch die Kriegsschliffotte, sowie die Frauen
für den Einsatz in der Luftarmee heranziehen. Die italienische Luftflotte
ist vermehrt worden, daß Italien 1930 556 Militärluftzeuge besitzt.

Ein Spießel der Budapest Polizei in Moskau verhaftet

Moskau, 28. März.
Die durch grausame Forderungen erregten Geständnisse genügen
der Budapest Polizei anscheinend nicht, um zu beweisen, daß
die ungarischen Kommunisten einen beträchtlichen Aufwand ge-
leistet hätten. Für die in englisch-italienischen Kreisen geführten land-
gerichtlichen Verhandlungen wollten sich Kertész und Schmetzler,
die Leiter der Budapest Politischen Polizei, unmittelbar aus
Moskau Material beschaffen. Sie ließen schon vor einem Jahre
einen ganzen Schwarm von Spießeln auf Paris und Berlin los
und erlaubten ihre geschäftlichen Agenten sogar nach Moskau.
In Moskau wurde unter anderem eine der geschäftlichen Spieß-
elmen der Budapest Polizei verhaftet, die bei der Befragung
des Genossen Kertész die Hauptrolle spielte. Sie heißt Irma
Mendel.

Irma Mendel stand seit 1918 im Dienste der ungarischen Polizei.
Seit dieser Zeit lieferte sie eine ganze Reihe von Arbeitern der
Polizei aus. In die kommunistische Bewegung kam sie in der
letzten Zeit nicht mehr eindringen, in der linken „Sozialistischen
Arbeiterpartei“ aber übte sie noch ihre Propagandafähigkeit mit
Erfolg aus. Im letzten großen Verbot wurde sie, daß sie den be-
rühmten Propagandisten des Károlyi-Regimes, Budapest Samu-
el, für die Polizei ermonen habe. Mit Hilfe dieses Schurken gelang
es ihr, Károlyi und Genossen der Polizei auszuliefern. Sodann
führte sie im Auftrag der Budapest Polizei nach Moskau. Sie
lieferte den genauen Auftrag, über die „Moskauer Verbindungen“
Beweise zu verschaffen.

Es gelang ihr natürlich nicht, die gewünschten „Beweise“ zu
verschaffen. Sie wurde kurz nach ihrer Ankunft verhaftet. Sie
verlachte anfangs zu leugnen, gelang jedoch später alles. Sie
schickte ausführlich ihre langjährige Spießelarbeit zurück nach
ihrem Dienste, eines vollständigen Spießel-Verzeichnisses und
arbeitete sodann unter direkter Leitung der Führer der Budapest
Politischen Polizei.
Charakteristisch ist die Bitte der verhafteten Spießel, die
Sowjetregierung möge ihren Austausch gegen politische Gefangene
bei der ungarischen Regierung beantragen, da sie davon überzeugt
sei, daß die Budapest Polizei und die ungarische Regierung sie
jedenfalls im Stich lassen würden. Der Prozeß gegen Irma
Mendel vor den Sowjetgerichten wird demnächst stattfinden.

Politische Randbemerkungen

Der Geist der SPD-Führer ist göttlichen Ursprungs
In der sozialdemokratischen „Freien Presse“ vom
12. März stehen in einer Polemik mit einem Bischof, der dauernd
als „Hochwürden“ tituliert wird, folgende haarsträubende
Sätze: „Marxismus ist kein Freidenkertum. Unter den Marxisten
und ganz weniger Gottesläugner, als unter den vielen Millionen
Menschen, die nach ihrem Eignenbetriebe zu katholischen
Christenheit zählen... Niemand wird und kann ein Marxist sein
Geist und seinen göttlichen Ursprung leugnen.“ Jetzt verleiht man
manches, was sonst unerschütterlich blieb. Der Geist der sozialdemo-
kratischen Führt ist göttlichen Ursprungs. Von da bis zum
Gottesgottentum ist nicht mehr weit. Wenn die sozialdemo-
kratischen Arbeiter dergleichen darauf darlegen, daß ihre Führer
den Geist der breiten Massen zum Ausdruck bringen, so werden sie
immer in Erwägung ziehen müssen, daß der Geist ihrer Führer
göttlichen Ursprungs ist und eigene Wege wandelt!

Rapp und Seevering

Seevering hat ein Buch geschrieben, das vor kurzem erschienen ist.
Der Titel lautet: „1919-1920 — Im Wetter- und Wasserjahren“.
Voll Stolz berichtigt Seevering in diesem Buche, wie Rapp sich um
ihn (Seevering) bemüht habe, indem er an Rapp folgendes Zita-
gramm geschrieben habe: „Bitte Seevering, wenn einleitend, bevor
zu wichtiger Besprechung mit mir zurückkommen.“ Gleichzeitig
habe ihm, wie Seevering mittelt, Rapp die Rolle eines Reichs-
wirtschaftsministers zugebacht. Es ist nicht Seeverings Schuld,
wenn er im Rapp-Kabinett nicht Wirtschaftsminister geworden ist.
Aber was gehalten hätte, welche Rapp die Wachtel hätte, welche
manus er dann in Deutschland feingekoren hätte. Das In-
gebot Rapps an Seevering, das Seevering freilich öffentlich veröffent-
licht, zeigt neben der naiven Gültigkeit dieses „Staatsmannes“, daß
die Falschsten Seevering durchaus als einen der Ihren einschätzen.

Walfüre Lubendorff paßt aus

Die Frau von Lubendorff hatte, wie wir bereits mittelten, am
Montagabend ein Referat gehalten über das Thema: „Rassen-
erbauung“. Der Vortrag wird in der heutigen Morgenzeitung
von den bürgerlichen Zeitungen besprochen. Aus dem hauptsächlichen
Inhalt des von dem hiesigen Walfüre Lubendorff gehaltenen
Referat folgende Tatsachen übermitteln: Jetzt weiß man, warum der
Weltkrieg ausgerechnet im Jahre 1914 begann, nämlich: Walfüre
hat mit aller Kraft gerade auf dieses Jahr hingearbeitet, weil
das Wort Weltkrieg in hebräischen Buchstaben die Zahl 1914
ergibt, deren Quersumme wiederum 13 ist, was nach al-
testamentarischen Geheimnissen der Gottesnamen Jehova bedeutet.
Nun ist das nächste Jahr, mit der Quersumme 15 das Jahr 1932,
und deshalb versuchen die dunklen Mächte (Freimaurer, Jesuiten,
Juden und Jüdischen) die Welt Herrschaft wenigstens zu diesem
Zeitpunkte zu erreichen.
Daß dieser Weltzeit kann man nur sagen: O blonde Walfüre,
mit welchen dunklen Geheimnissen hast Du uns vertraut gemacht!

Primo de Rivera hat niemals einen Tropfen Wein getrunken

Primo de Rivera, der Diktator Spaniens, hat nach einem Unfall
erfahren, daß er viel spät in der Nacht in seinem Zimmer hin und
herschlug hat mit dem Kopf an die Wand eines Möbel-
stücks. Eine spanische Zeitung kommentierte diesen Vorfall unter
der Ueberschrift: „Die Vorteile des Weines“ und meinte etwas
saturnisch, daß demjenigen, der Wasser trinke, ein solcher Unfall
gewöhnlich nicht aufhöre. Auf Grund dieses Kommentars wurde
die Zeitung „El Mundo“ am 27. März eine Besprechung über die
Bedeutung dererurteilt. Primo de Rivera ließ auf Grund dieses
Kommentars offiziell verordnen, daß er mit aller Strenge der
Alkoholen zu bündige und noch nie einen Tropfen Wein ge-
trunken habe. Seine, wie man sagt, kaiserliche Trunkenheit kommt
also nicht von Wein oder sonstigen Spirituosen, sondern lediglich
von seinem Größenwahne.

Reichshulgelees — Reichshultraaktion

(Eig. Draht.) Berlin, 30. März.
Das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Reichsminister beab-
sichtigt, gleich nach den Osterferien den Entwurf für das neue
Reichshulgelees vorzulegen, der gegenwärtig von einem dem Zen-
trum nahestehenden Ministerialrat bearbeitet wird. Das Gelees soll
nach der Beginn der Sommerferien veröffentlicht werden. Wäh-
rend der Pfingstferien soll der Bildungsausschuß zusammenbleiben
und nach Pfingsten soll der Geleesentwurf in zweiter und dritter
Lesung von den Regierungsorganen durchgeprüft werden.

Reinheitsverfahren gegen Hitler niedergelegt

Wegen harter Widersprüche in seinen ethischen Ansätzen in
Bezug auf den Nationalsozialismus hat der Reichshultraaktion
gegen den württembergischen Stadtrat Streicher, ist das Reinheitsverfahren
gegen Hitler trotz harter Bedenken niedergelegt worden. —
Die deutsche Justiz mag Hitler kein Härden trümen.

Das dauerte aber nur eine Sekunde und löste sich in einem breiten
Lächeln auf.

„Genoße Leutnant, was war — das war eben. Damals packten
die Menschen einander an der Gurgel und dachten Sie daran,
und werden Sie es nicht; denn Sie meine Frau nicht gerettet
hätten, so wären jetzt nicht einmal mehr Knochen von ihr übrig-
geblieben. Und jetzt sind Sie unser Arbeiter, unser Lügner Kopf
und unsere goldenen Hände. Ohne Sie hätten wir all das hier
nicht fertiggebracht.“
„Ja, Sie sind ein Arbeiter, Sie sind ein Arbeiter, Sie sind ein
Arbeiter, unter Ihrer Leitung, gefolgt haben.“
„Schamlos, Lieber, ich werde all mein Wissen, all meine Er-
fahrung, mein ganzes Leben unserem Lande widmen. Für mich
gibt es kein anderes Leben als das Leben mit Euch, und es gibt
für mich kein anderes Schicksal als den Kampf für den Aufbau
einer neuen Kultur.“

Und zum ersten Male bemerkte Gijeb, daß Ingenieur Kleit's
Augen sich mit Tränen füllten, und hinter den Tränen, in der
Tiefe der Augen, mochten noch nie gelebte Wälder. Sie waren
größer als seine Augen, größer als er selbst...
„Nun, German Germanowitsch, wollen wir Freunde sein...“
„Ja, wollen wir Freunde sein, Schamlos...“
„Und er ging mit festen Schritten, ließ den Stock hüftend, fort.“

Die Brandstätte

Dolcha übermüdete nicht mehr zuhause. In den ersten Tagen
nach der Parteinreinigung überlebte sie zur Mischa, und sie hat
es, weil sie vor ihr diesen Brief bekommen hatte.
„Gib mir die Dolcha, daß ich sehr krank bin, trüben ich herumge-
brachte und äußerlich sich nichts verändert hat. Aber ich sehe nicht,
fühle nichts. Mir Lage — bin ich ein geheimes Wild — und die
Macht sind voller Alptrud. Ich glaube, ich werde es nicht aus-
halten, wenn ich noch solche herumzweifeln Stunden durchdauern
müsse.“
„Ich bin aus dem Lande.“
„Nun, Du kannst mich helfen, Du kannst mich helfen und
mit helfen.“
„Ich bitte Dich wie einen Freund, komm zu mir, wohne
mit mir, hilf mir meine zerfallene Seele zusammenfassen und mich
wieder auf die Beine stellen.“
„Ich habe jetzt bei Sergei (Witt-
nath) — jede Nacht sehe ich bei ihm. Er ist sehr müde, aber mutig,
er ist ein Mann, der mich trüben und nicht trüben wird. Er ist
bereit, meinem Leben nachzugehen nicht zu schlafen. Und wenn ich
weggehe, so läßt er mich nicht durch den Gang, sondern durch unsere
Tür in mein Zimmer gehen.“
„Ich fürchte, er wird sich überan-
strengen und krank werden.“
„In meiner Seele zehrt irgend eine
Macht, die mich nicht trüben und nicht trüben wird. Ich weiß nur,
daß es genügt werden, wenn Du nur einige Tage bei mir bleibst
— und alles würde in Ordnung kommen und gut werden.“
(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung

„Der Kern des Arbeitszeitnotgesetzes“ (Arbeiterkorrespondenz)

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Wittener Tagesblatt“ vom 21. März einen Artikel, in dem gegen das Arbeitszeitgesetz Stellung genommen wird, weil es noch nicht schärf genug wäre. Demagogisch wird gegen irgendeine Beschäftigung der Arbeiterzeit geschrieben:

„...Gewiss mag die Freiheit der Ueberarbeit in der Praxis hier und dort Mängel hervorgerufen haben und von einzelnen Arbeitnehmern mißbraucht worden sein, aber an dem Prinzip ist ja nichts zu ändern, weil es sich doch um einen Freiheitskern handelt, der die Arbeiterzeit bestimmt. Dieser Kern ist das Recht der Arbeiterzeit, das die Ueberarbeit nicht den Konsequenzen durchgehenden Marxismus und Sozialismus haben. Mit dem Verbot der freiwilligen Ueberarbeit wollen die Gewerkschaften die persönliche Freiheit der Arbeiter, aber die gesetzliche Grenze hinaus auf Grund eines Uebereinkommens mit dem Unternehmer zu arbeiten, ausschalten, sie wollen einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus tun und kümmern sich dabei wenig darum, wie sie sich durch ein derartiges Gesetz gerade zu den besten und wertvollsten Freieren der Arbeiterzeit stellen, die durch freiwillige Ueberarbeit ihr Einkommen und ihre Lebenshaltung verbessern wollen. Selbst wenn man einmal annehmen wollte, daß mit der Ueberarbeit hier und da die Arbeiterzeit erhalten und erweitert werden könnte, so ist es doch genug Mittel, einen solchen zu verhindern, und zwar ist das beste Mittel eine Bezahlung der Ueberarbeit...“

Mit diesen Argumenten operierte das Unternehmerium, wenn die Arbeiterzeit gesetzlich oder tariflich geregelt werden soll. Die Unternehmer wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben. Sie wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben. Sie wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben.

Wie vorherend die Arbeiterzeitnotgesetz die Ueberarbeit bewirkt, beweist die Firma Seiffert & Co., welche bei den Banntischen Glasbläsern die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben. Sie wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben. Sie wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben. Sie wollen die Arbeiterzeit nicht, weil sie die Arbeiterzeit nicht unter Kontrolle haben.

Wie kein Arbeiterzeit in im Haus, steht es gar ab und taugt aus!

Zimmerer-Verbandstag im Jahrgang Raplovs Über starke Opposition

Der außerordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer hat den Reichstagskammer am 102. gegen 60 Stimmen angenommen, 4 Stimmen waren unglücklich.

Mit dieser Abstimmung beendete der Zimmerer-Verbandstag die Arbeit, die die Zimmerer des Bauverbands im Rahmen der Bauarbeiter und Zimmerer eingeladen hat. Für die Zimmerer ist die Arbeitzeit besonders wichtig. Die Zimmerer sind die Arbeiterzeit, die die Zimmerer des Bauverbands im Rahmen der Bauarbeiter und Zimmerer eingeladen hat.

Eine weitere Verschärfung im Kampf um die Lohnhöhe ist der die im neuen Tarifvertrag vorgesehenen Lohnregelung im April und im Herbst. Gerade die Sommermonate, die die Zimmerer des Bauverbands im Rahmen der Bauarbeiter und Zimmerer eingeladen hat.

Die Landarbeiter wollen kämpfen

Wo bleibt der Verband?

Ueber die gestern bereits kurz erwähnte öffentliche Landarbeiter-Veranstaltung in Offen (Kreis Dillenburg) wird uns berichtet: Am Sonntag, dem 26. März, fand hier eine öffentliche Landarbeiter-Veranstaltung statt, zu der der Kreisleiter des DVB, E. Dreyer, eingeladen war. Dieser aber war am Sonntag nicht erschienen, weil er zu einem Zampersonen in Sellen gehen mußte. Dort war er ebenfalls verhindert, als in einer öffentlichen Landarbeiter-Veranstaltung. Er ist nicht erschienen, weil er zu einem Zampersonen in Sellen gehen mußte. Dort war er ebenfalls verhindert, als in einer öffentlichen Landarbeiter-Veranstaltung.

In der Diskussion sprach Genosse Bernhardt, der an treffenden Beispielen bewies, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, durch aktives Handeln den Gemeindeführern den Einfluß der reformistischen Gewerkschaften zu brechen und die Gewerkschaften in Kampforganisationen auszubauen. Er stellte das schändliche Verhalten der bürgerlichen Justiz, das von der SPD-Mehrheit zum großen Teil noch gutgeheißen und gebilligt wird. Er forderte auf, durch Unterstützung der SPD, mit befristeten zur Erreichung der politischen Macht. Nur denn kann das wirtschaftliche Leid der Landarbeiter grundlegend beseitigt werden.

Das den Zustimmungserklärungen der Landarbeiter ging hervor, daß sie mit den Ausführungen unterer Gewerkschaften vollkommen einverstanden waren. Die Gruppe Dreyer und die sonst die sozialdemokratischen Vertrauensleute im DVB, heißen, die heute noch den Apparat beherrschen, daß die Landarbeiterzeit sich nicht organisieren wollen. Wenn die Landarbeiterzeit sich nicht organisieren wollen, dann ist die Landarbeiterzeit gegen die schädliche Tarifgemeinschaft und wegen der geduldeten 4 1/2 Stunden Ueberarbeit zu mobilisieren, wie es ihre Pflicht wäre, auch wenn die Landarbeiterzeit sich selbst immer lebendig gibt, als es im Kreis Dillenburg der Fall ist.

Die Abstimmung auf dem Verbandstag erfolgte mit 102:60 Stimmen. SPD-Delegierte stimmten mit der Opposition gegen die Annahme. Wir kommen auf den Verbandstag noch zurück.

Die Forderungen der Wittener Porzellanarbeiter

In der Streikversammlung am 26. März wurde von dem Angeführten des Streikkomitees die Forderung der Wittener Porzellanarbeiter besprochen. Wir erklären hiermit: Keineswegs und die gesamte Verbandsbürokratie treiben ein feines Spiel mit der Arbeiterzeit. Zum Beweis dafür, daß diese Forderungen tatsächlich gestellt worden sind, verweisen wir auf die Streikversammlung vom 1. März, in der zu den befristeten Lohn- und Arbeitszeiten und den darauf folgenden Streikgeheimverhandlungen vom 9. bis 17. Februar Stellung genommen wurde. Im Verlauf der Verhandlungen wurde von den 90 Prozent der Delegierten beschlossen, mit dem Unternehmer die beschlossene Besetzung des bisherigen Tarifkomitees abzulehnen und folgende Forderungen einstimmig anzunehmen:

25 Prozent Lohnsteigerung auf die am Ort bestehenden Lohnsätze, Beibehaltung des bisherigen Tarifverfahrens, ebenfalls folgende Entlohnung:

„Die Veramstalten erklären sich mit den Ausführungen des Sachverständigen einverstanden. Sie verpflichten sich, sich selbst zu organisieren. Des weiteren stellen wir uns hinter die aufgestellten Forderungen und erlassen die Organisationsmaßnahmen, diese Forderungen den beiden Parteien zu unterbreiten. Sollten diese die Forderungen ablehnen, so sind wir bereit, mit allen gesetzlichen Mitteln dieselben zu unterbreiten.“

Wann ist diese Sache nicht im „Proletarier“ veröffentlicht worden? Warum wird allgemach die Arbeiterzeit keine Möglichkeit gegeben über Entlohnungen der Arbeiterzeit. Aus der Stellungnahme des Streikkomitees ist zu erkennen, daß ihm die

Betriebsmord!

Schweres Unglück bei der Mansfeld A.-G.
Auf der neuen Beselemerie der Mansfeld A.-G. wurden drei Arbeiter beim Abgang eines Krans getroffen. Der 58 Jahre alte Arbeiter Rossmann erlitt einen 2 1/2 m hohen Wirbelsäulenbruch, der 21jährige Otto Mademehl Kopfverletzungen und der 27 Jahre alte Paul Helmold Rückenverletzungen. Die beiden Verletzten fanden Aufnahme im Knappschaftskrankenhaus.

Mangelnder Arbeiterzahl in der Steingut-Industrie

(Eig. Meld.) Torgau, 29. März.
In der Steingutindustrie von Bitterfeld und Naumburg sind Arbeiter zu Mangel. Die Fabrikanten sind sehr unzufrieden mit der Abnahme der Arbeiterzahl, welche seit dem Beginn der Wirtschaftskrise zu beobachten ist. Die Fabrikanten fordern die Arbeiter, sich zu organisieren und die Arbeiterzeit zu unterbreiten. Sollten diese die Forderungen ablehnen, so sind wir bereit, mit allen gesetzlichen Mitteln dieselben zu unterbreiten.

Die Fabrikanten fordern die Arbeiter, sich zu organisieren und die Arbeiterzeit zu unterbreiten. Sollten diese die Forderungen ablehnen, so sind wir bereit, mit allen gesetzlichen Mitteln dieselben zu unterbreiten.

Hodges oder Coof?

(HOB.) Die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale hielt am 16. und 17. März in Berlin eine Sitzung ab, an welcher jedoch Hodges der amerikanische Delegierte nicht teilnahm. Hodges erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist. Er erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Frage des Sekretärs der Bergarbeiter-Internationale, Hodges, welche die reaktionäre Mehrheit unter Führung der britischen Delegierten zu verurteilen. Hodges erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

Coof unterließ sich Herbert Smith, dem Vorsitzenden der britischen Bergarbeiter-Internationale, die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale zu verurteilen. Hodges erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

Hodges erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist. Er erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

Hodges erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist. Er erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

in London zusammenzutreten und der nächsten Sitzung der Exekutive Bericht erstatten soll.
Die Art der Behandlung dieses Punktes beweist, daß die reaktionäre Mehrheit in der Bergarbeiter-Internationale den Delegierten Hodges unbedingt an der Spitze der Internationalen halten will. Das ist eine Herausforderung der englischen Bergarbeiter, die bei zahlreichen Gelegenheiten die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale angegriffen haben. Hodges wird sich die Stellung der britischen Bergarbeiter bald noch klarer zeigen. Coof hat seinen Rücktritt von der Berliner Tagung bekannt gegeben, daß er über folgende Angelegenheiten eine Untersuchung herbeiführen will: ob die Mitglieder der britischen Bergarbeiter-Internationale Hodges weiter als internationalen Sekretär und Coof als Sekretär des britischen Verbandes beibehalten wollen.

Die Londoner Tagung der britischen Delegation auf Hodges' Antrag in einen solchen auf Coof umzuwandeln, zeigte sich auch am zweiten Verhandlungstage. Die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale hat sich für die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale entschieden. Hodges wird sich die Stellung der britischen Bergarbeiter bald noch klarer zeigen. Coof hat seinen Rücktritt von der Berliner Tagung bekannt gegeben, daß er über folgende Angelegenheiten eine Untersuchung herbeiführen will: ob die Mitglieder der britischen Bergarbeiter-Internationale Hodges weiter als internationalen Sekretär und Coof als Sekretär des britischen Verbandes beibehalten wollen.

Auf diesen Angriff hat Hodges antwortend Coof, daß über seine Handlungen die britischen Bergarbeiter selbst ein Urteil zu fällen hätten und diese selbständig entscheiden, wenn sie als Vertreter in die Internationalen erwählt werden. Hodges hat seine Exekutive bestätigt, daß er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist. Er erklärte, daß er nicht teilnehmen werde, weil er nicht mit der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale einverstanden ist.

Deutsch hat sich in dieser Sitzung aufgemacht als beredige Praktiker, der mit ihmwundlichen Haß - ähnlich wie im Deutschen Bergarbeiterverband gegen oppositionelle Verbandsmitglieder - gegen die fortschrittlichen und sozialistischen Elemente in der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale kämpfen will. Das ist eine Herausforderung der englischen Bergarbeiter, die bei zahlreichen Gelegenheiten die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale angegriffen haben. Hodges wird sich die Stellung der britischen Bergarbeiter bald noch klarer zeigen. Coof hat seinen Rücktritt von der Berliner Tagung bekannt gegeben, daß er über folgende Angelegenheiten eine Untersuchung herbeiführen will: ob die Mitglieder der britischen Bergarbeiter-Internationale Hodges weiter als internationalen Sekretär und Coof als Sekretär des britischen Verbandes beibehalten wollen.

Zur Waiseier in Schludis-Günther

Das Arbeiter-Sportfestschludis-Günther hat am 21. März stattgefunden. Die Veranstaltung wurde von dem Arbeiter-Sportfestschludis-Günther organisiert. Die Veranstaltung wurde von dem Arbeiter-Sportfestschludis-Günther organisiert. Die Veranstaltung wurde von dem Arbeiter-Sportfestschludis-Günther organisiert.

Das Merseburger Trustparlament tagt wieder

Sozialdemokrat Weims verteidigt mit den Nationalisten — Die schädliche Fassade wird aufgeklopft — Maulkorbmethoden gegen die Kommunisten werden vom SPD-Kasparel provoziert und vom Dröhnungs-Busse durchgeführt — Sozialdemokraten gegen die Forderungen der Werttätigen, für Sinauswurf der Kommunisten

Nachdem der Provinzialantrag eine Woche lang sich mit Dunkelkammerberichten befaßt, und verfiel vor dem Ende der Öffentlichkeit, die nun zu beratenden Fragen genügend vorgehoben hatte, begann am Montag, dem 23. März, nachmittags 4 Uhr, die zweite Tagungsperiode des 42. Provinziallandtages in Merseburg.

Die Tagung nahm einen teilweise kühnsten Verlauf, hervorgerufen durch die fast unauflösbare Verhandlung der Gesellschaftsordnung durch den sozialdemokratischen Vorkämpfer und Oberbürgermeister von Magdeburg, Weims, der sich durch ein zwei Stunden anhaltendes Referat über die Abschaffung der Grenzbeschränkungen als Vertreter der Nationalisten entpuppte. Einen breiten Rahmen der Diskussion nahmen die Auseinandersetzungen über die Veränderung des Firmenrechts für die Provinz Sachsen ein. Diese Firmenänderung bedeutet für die Arbeiterklasse nichts anderes als die Verfestigung, als ob sich in der Republik gegenüber der Monarchie etwas grundsätzlich geändert hätte. Dieser gezielten Methode, einen republikanischen Scheiter über das brutale Geschäft der Klassenverhältnisse zu bringen, traten die Kommunisten energisch entgegen. Die Sozialdemokraten befanden sich hier natürlich in einer Einheitsfront mit den deutschnationalen Bürokraten des Dr. Rive und den diversen Bürgermeistern, Räten und u. s. w.

Der Verlauf der Tagung

Nach Erledigung verschiedener Bekanntmachungen, wobei u. a. unter dem Beifall der gesamten Zinsen mitgeteilt wurde, daß Montagabend für die Abgeordneten des Provinzialantrages die Aufspürung „Paradies“ von Weims, in dem dort bekanntlich der Ausdruck „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“ einen gewissen Höhepunkt bildet, stattfindet — erhielt

Der Oberbürgermeister Sozialdemokrat Weims

das Wort zu einem Referat über die provinziellen und staatlichen Grenzfragen.

Der Sozialdemokrat Weims bezeichnet die Grenzen der Provinz Sachsen als ein Konstrukt Mitteldeutschlands, die zerklüftet sind durch Anhalt, Thüringen, Sachsen, Braunschweig. Er gibt einen Überblick über die Staatensverhältnisse der Republik seit der Revolution und bescheidet die nicht restlose Abschaffung der Kleinstaaterei in Deutschland als Hemmnis für die deutsche Wirtschaft. (Hört.) Er wird noch von den ehemaligen 26 Staaten nicht verschanden. Endlich kommt er durch die Erzählung einer Erinnerung aus der Novemberzeit zu sprechen. Unsere Genossen machten ihm darauf aufmerksam, daß, wie so vieles, auch diese Regelung durch die Regierung der Volksbeauftragten veranlaßt worden ist. Wie die Sozialdemokraten es immer tun, sind daran die Kommunisten schuld gewesen, die die Regierung der Volksbeauftragten an der Erledigung dieser wichtigen Frage gehindert hätten. (Unerhört.) Zutreffend war noch die Mitteilung, daß wir in Deutschland 1315 Abgeordnete, außer Reichstags- und Weimarerparlament haben, die vom Volke ihre Dänen bestehen. Ist doch Deutschland das Land des überfließenden Parlamentarismus der Welt.

Gerade jetzt, so plaudert Weims, um alles getan werden muß, um die Wirtschaft in Deutschland mit Hilfe der (kapitalistischen) Nationalisierung wieder hochzubringen, ist die Staatensverfassung, an der alle Parteien letzten Endes interessiert sind, abzuschaffen. Dieser internationale Sozialdemokrat vertrat dann in schwallbepollten Redensarten die Behauptung, daß jeder Deutsche sich zu Recht als Deutscher fühlt, und verteidigt sich bei dieser Behauptung zu Ausführungen, die jedem Nationalisten gegen die Ehre gereichen würden. Nach ihm muß die Zeit des deutschen Volk zusammenfallen, was mit anderen Worten heißt: es gibt keine Klassenunterschiede mehr. Er empfahl den Unternehmern sowie den Arbeitern die eifrige Erörterung der Abschaffung der Grenzbeschränkungen, die die Nationalisierung in Deutschland doch gewaltig hemmen.

Herr Weims erzielte für seine Ausführungen von der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten förmlichen Beifall. Ja, in der darauffolgenden Diskussion schloß sich der abgetaktete Kontrast des Kreis Merseburg, Freiherr von Wilmowski, seinen Ausführungen an. Als letztes diente adäquate Herr die Segel vor der Kleinrentenpolitik der Nationalisierung, also vor dem Trakt- und Gemeindefinanzial fisch und die Aufhebung der Kleinrenten. Außerdem, machten unsere Genossen den treffenden Hinweis darauf, daß trotz dem Deutschland, Deutschland aber alles! Auf diesen Widerspruch in seinen Ausführungen ließ er unsterk Genossen die Antwort schuldig. Dafür brachte er aber ein glänzendes Beispiel für den Unfuh der Kleinrenten. Ein kleines Dörfchen, Limberhof, wird durch eine Landesgrenze in zwei politische Gemeinden geteilt. Die 200 Seelen dieses Dörfchens besitzen also zwei Gemeindevorstellungen, zwei Gemeindevorsteher und zwei Nachbarn.

Nach ihm erhielt

Genosse Roenen, Merseburg

das Wort: Für uns Kommunisten gilt es, wie in allen Fragen, auch diese Angelegenheit

vom Standpunkt der Arbeiterklasse

aus zu betrachten. Er knüpfte an die von dem Sozialdemokraten Weims aufgestellte Behauptung, die Kommunisten seien schuld, daß diese Frage in den Novembertagen nicht gelöst werden konnte. Richtig ist, daß die Volksbeauftragten Mäße hatten, die Arbeitergemeinschaft mit den Feinden der Arbeiterklasse ins Leben zu rufen, wie sie überhaupt alle Gelegenheiten wahrnahmen, alle Rechte der Arbeiterklasse zu beschneiden. Ohne Nationalversammlung können wir nicht regieren! (Die Rostke-Banden waren die Arbeiterklasse nieder. (Für diese wahre Bemerkung erhielt Genosse Roenen von dem deutschnationalen Busse einen Ordnungsruf.)

Bei der Niederlegung der Räterepublik Bayern kannte man keine Landesgrenzen, und die Reichswehrregimenter sogen nach Bayern, um dort die Arbeiterklasse niederzuschlagen.

Der Sozialdemokrat Weims, der sich immer noch als Vertreter einer Arbeiterpartei ausgibt, kennt die Erörterung der Fragen von diesem Standpunkt nicht mehr. Statt vom Standpunkt der Arbeiter, wird alles vom Standpunkt der Kartelle, Syndikate und Trusts aus betrachtet. Diesen sind heute die Landesgrenzen unbekannt, deshalb müssen sie im Interesse ihres Profites überbrückt werden. Weims hat sich hier zum Beworwer der kapitalistischen Nationalisierung gemacht. (Zuruf der Kommunisten: Jetzt läßt er sich brauchen von den deutschnationalen begünstigten) Jetzt die Arbeiter ist die Frage der Grenzen a u g e n b l i c k l i c h g l e i c h

gültig, denn das ist nicht die Lösung ihres Elends. Weniger Steuern brauchen wir deswegen doch nicht zu zahlen! Bei der Abschaffung der bestehenden Grenzbeschränkungen spielen die angeschützten Klassenfragen keine Rolle. Der emporstrebende deutsche Imperialismus erfordert eine die Regelung der Grenzfragen. Nach Standpunkt der „hohen“ Politik in „Gemeindeparlamenten“ nichts zu tun. Herr Weims soll an seine frühere Tätigkeit als sozialdemokratischer Stadtorbener denken! Weims erinnert er sich, daß ihm von bürgerlicher Seite aus dies ebenfalls entgegengehalten wurde. Was uns als Arbeiter in den Grenzangelegenheiten interessiert, sind die Grenzen da draußen. Die russischen Arbeiter haben bei ihrer Revolution die nationalen Grenzbeschränkungen nicht gelöst und sich von der Durchführung ihrer Forderungen nicht ablassen lassen. Im Ausland sind die Grenzfragen der einzelnen Volksländer gelöst. Genosse Roenen erinnert dann noch an den alten Antrag der SPD in dieser Frage.

Die Kommunisten stimmen für die Regelung der Grenzen, einschließlich des vorliegenden Zusatzantrages. Die bürgerlichen Abgeordneten kommen vom Kaffeetisch zurück. Nach Herr Busse wachte aus seinem Schlafes auf.

An die Mitglieder des Konsumvereins für die Kreise Merseburg und Querfurt

Die ersten Wahlen zur Vertreterversammlung Kurzer Konsum-Gesellschaft haben unmittelbar bevorstehend. In den Tagen sind Sie versammelt und für zwei Jahre ist dann entschieden, wie und von wem künftig Eure Organisation geleitet werden soll. Denn Ihr müßt wissen, daß durch das neue Statut die allgemeinen Generalsversammlungen erledigt sind, und

die Vertreterversammlung die höchstentscheidende Körperschaft Eurer Gesellschaft geworden ist.

Nur alle 2 Jahre könnt Ihr selber als Mitglieder einmal über Eure Organisation entscheiden.

Zwar sind es jetzt Gelehrte, die eine solche Beschränkung Eurer Rechte vorschreiben. Außenbestimmen sind diese Gelehrte alle erst gegen unsere schärfste Opposition auf Betreiben der reformistischen, sozialdemokratischen Führer der Genossenschaftsbewegung in Deutschland — ebenfalls gegen unsere schärfste Opposition.

Wahr aber trotzdem Eure geringen Rechte. Kämpft mit uns um ihre Erweiterung. Ueberlegt gründlich und entscheidet Euch!

Für die Liste der kommunistischen Genossenschaftler

und gegen die heuchlerische Liste „Genossenschaftlicher Aufbau“.

Was legen und was bedeuten diese beiden Namen?

Der zweite ist eine Reklamemasse für ein politisches Geschäft. Hinter ihr verbergen sich die sozialdemokratischen Genossenschaftler. Sie sind die Sozialdemokraten bei uns bekannt sind dafür, daß sie jede Stellung Eurer Organisation, die sie in den Klauen haben, benutzen, um den Kampf der Arbeiter zu verhindern, und um die internationale Solidarität zu sabotieren. Darum haben diese Leute geflücht, klüger zu tun, ihren Namen nicht zu nennen, und dafür eine „schöne Idee“ auf ihr Schild zu schreiben. Ihr aber, Mitglieder und Genossen, richtet Euch nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten! —

Der Name der ersten Liste dagegen ist ein Programm, ist der Begriff für den genannten Kampf der Arbeiterklasse und insbesondere der beschlossenen Verbraucherschaft selber. Für uns kommunistische Genossenschaftler ist der genossenschaftliche Aufbau die wichtigste und erste Selbstverständlichkeit. Darüber brauchen wir nicht lange zu reden:

Den Aufbau haben wir bewiesen, selbst unter den schwersten Bedingungen!

Über mehr als das liegt uns am Herzen!

Wir schaffen die rote Einheitsfront des Proletariats, wir kämpfen hart um die Vernichtung des kapitalistischen Staates und um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Wir kämpfen Seite an Seite mit allen Werttätigen für die Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, um erhöhtes Einkommen für alle Beschäftigten zu erzielen. Das sind die ersten Voraussetzungen zur Ermöglichung eines höheren Verbrauchs aller Mitglieder, zu höherem Umsatz und zum Aufbau der Genossenschaften in der Gegenwart!

Wir wir in erster Reihe stehen im gemeinsamen Kampf aller Werttätigen, Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Gewerkschaftslosigkeit, den Steuerdruck, die Preisbildung des Großkapitals und den Abbau der Arbeiterkassengesetzgebung der Bürgerkasseregierung, so stehen wir gleichzeitig

in Reih und Glied mit dem internationalen Proletariat, mit den englischen Bergarbeitern, den freischüttenkämpfern in China und ganz besonders den Arbeitern und Bauern der Union der Sowjetrepubliken.

Kampf um die Errichtung des Sozialismus mit allen Mitteln, gemeinsam mit den Genossichten aller Länder, das ist unser Weg und der einzig mögliche Weg zum Siege auch der Genossenschaftler über das Privatkapital. Euch ist bekannt, wie durch das letztjährige Vorgehen des kommunistischen Ausschusses in unserer eigenen Genossenschaft neues Leben und innere Festigung herbeigeführt worden sind zur besseren Lösung der Aufgaben, die jeden Tag an unsere Organisation herantraten.

Genossen, Mitglieder, alle, die Ihr mit allen Mitteln bestrebt seid, am gewerkschaftlichen Aufbau zu helfen, schart Euch zusammen mit uns, werbt für unsere gemeinsame große Sache und unsere gemeinsame Organisation der beschlossenen Verbraucherschaft! Werbt für die Wahl unserer gemeinsamen Liste, schert geschlossen die Liste der sozialdemokratischen Reformisten und des falschen Aufbaues ab. Holt den Besten heran zur Wahl für

die Liste der kommunistischen Genossenschaftler, mit dem Spitzenkandidaten Arne Sämling, Merseburg.

Die Unterzeichnerliste der SPD, A. U. B. Roenen.

der Kampf um das Firmenrecht

Abgeordneter Luther (bürgerlich) begründet die Notwendigkeit der Veränderung des alten Wappens der Provinz Sachsen, und zwar soll an Stelle der Krone ein Fletzeiger in das Wappen eingefügt werden. (Zuruf von den Kommunisten: Wer hat uns die Krone gestohlen!)

Genosse Fietzer, Naumburg

Führt dazu folgendes aus: Fahnen, Wappen sind Symbole. Zu was eine Veränderung, wenn das Alte geblieben ist? Es wird nicht mehr lange dauern, und die schwarzroten Wappenschilder werden in farbigen Schwarzweißtrab bekommen. Trifft keine Veränderung in gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung ein, so hat die Veränderung des Firmenrechts keinen Sinn. Alles ist geblieben in der deutschen Republik, wie es war. An Stelle der alten Beamten sind eben zum Teil neue, aber genau so reaktionäre getreten. Die Eigentumsverhältnisse sind geblieben. Es gibt nach wie vor Behälter von Produktionsmitteln oder Werkzeugen und andere dergleichen Ausbeute.

Genosse Fietzer entrollt dann ein Plakat, auf dem

ein kommunistischer Vorkämpf zum Wappen für die

abgemalt ist. Es stellt dar: Die Ausbeutungsschleife Deunawer, das bewacht wird von einem Profitoraden. Dieser Drachen ist gerade im Begriff, einen sozialdemokratischen Proleten zu verschlingen, der in der einen Hand die Weimarer Verfassungsbüchse und in der anderen die schwarzroten Fahne hält. Ein schändes Beispiel für Eitelkeit und Eitel in der deutschen Republik! Hinter dem Baumwerk sind auf diesen Wappenschilder die Träger der Märzgefallenen und der Opfer der Nationalisierung sichtbar. Natürlich lasten die Sozialdemokraten zu dieser proletarischen Charakterisierung. Ihr Lachen wurde dann heftiger, als Genosse Fietzer die Bedeutung der abgebildeten Grammel schärfte. Das kennzeichnet die Sozialdemokraten als Angewer der Revolution. Hinter diesem Lachen wollten sie sicherlich die Ehre ihrer Söhne, Roste und Zergiebel werden. Genosse Fietzer geht dann noch auf die Ausführungen von Weims ein und behauptet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diese sozialistischen Ideen nicht gelöst haben.

Die Kommunisten betrachten die Veränderung des Firmenrechts als eine Phrase und halten die Veränderung nur dann als angebracht, wenn der soziale Inhalt wirklich verändert ist. Die Forderung der Kommunisten wird es immer sein, den Kampf um die Verwandlung des Inhaltes der Provinz aus einem kapitalistischen in einen sozialistischen zu führen.

Dazu bemerkt Wilmowski, daß die Diskussion sich auf einem so „niedrigen Niveau“ bewege, daß sie als deutschnationalistische Fiktion es obliegen müßte, sich an der Debatte zu beteiligen. Jedoch kann sich Wilmowski nicht verhehlen, seinen Entschluß zu geben. Er meint, daß die Veränderung der deutschnationalen Verhältnisse, die sich aus Patriotismus den veränderten Verhältnissen (?) angepaßt haben.

Die Abstimmung ergibt mit knapper Mehrheit die Annahme der Veränderung des Firmenrechts. Sicherlich wird die Veränderung des Wappens keine Veränderung der Lebensverhältnisse sein, die zum Beispiel in den buntesten Feiertagsfesten des Stinneskaales über den Wappenschilder und also lauten: Königreich Preußen.

Die folgenden Tagesordnungsunkte werden ohne nähere Debatte erledigt. Um die folgenden

selbständigen Anträge der SPD-Fraktion

möglichst ohne große Debatte erledigen zu können, können sich die Bürgerlichen nicht verhehlen, den Kommunisten ein auszusprechen

Mit einer Einheitsfront der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten wird die Redezeit auf 10 Minuten festgelegt.

Genosse Drehsler macht auf diese ordnungsunwürdige Handlungsweise aufmerksam und protestiert unter Heranziehung der in Frage kommenden Paragraphen der Geschäftsordnung gegen diese Handlungsweise. Der sozialdemokratische Vorkämpfer vertritt dem Hause, plausibel zu machen, daß die Veränderung der Geschäftsordnung jederzeit möglich ist. Nachdem ihm noch von einem Bürgerlichen beigelegt wurde, verwarf man die Beschlüsse der Kommunisten. Während dieser Debatte erhielt der Genosse Kasparel Mandenburg für Aufmerksamkeits zwei Ordnungsrufe. Erst der siebente Tagesordnungsunkt, der sich mit der

Errichtung eines Landes-Tagungsausschusses

beschäftigt, löst eine größere Debatte aus. Der Landeshaupmann lehnt eine derartige Einrichtung ab. Genosse Fietzer legt den Standpunkt unserer Fraktion dar und trat für die Schaffung des Landes-Tagungsausschusses ein. Da die erste Abstimmung über diesen Antrag zweifelsfrei war, wurde die Abstimmung durch Abstimmung vorgenommen, welche die Beschaffung des Antrages erlaubte. Darauf verlegte sich das Haus auf Dienstag.

Die Abwägung der Kommunisten

Die Sozialdemokraten als Vertreter der Reaktion

Leber die Dienstags-Tagung veröffentlichen wir zunächst folgendes:

Die Dienstags-Tagung dürfte wohl die kühnste in dieser Tagungsperiode des 42. Provinzialantrages gewesen sein. Was Montag durch Verkürzung der Redezeit erreicht werden sollte, verlegte man Dienstag mit allen Mitteln durchzuführen.

Der Sozialdemokrat Kasparel nahm die Rolle eines Revolvermanns ein und ebnete so dem bekannten Dröhnungs-Busse von Falle in seinen Unterdrückungswaffen gegen die Kommunisten den Weg.

Eine Vergeßlichkeit der von der bürgerlichen Einheitsfront fast selbst genehmigen Tagesordnung folgte der anderen. Wer nicht gefällig, fliegt raus! war das Leitmotiv des Busse, und so wurden auch zwei unserer Genossen, der Genosse Hugo Müller-Halle und der Genosse Kähler-Magdeburg von der Sitzung ausgeschlossen. Dies wurde von dem sozialdemokratischen Vorkämpfer Kasparel hervorgerufen. Da er sich durch diese Katastrophe für die bürgerliche Einheitsfront bei den Provinzialbehörden in empfindliche Erinnerung bringen wollte? Wie immer bei Niederhaltung der Kommunisten herrschte eine einmütige Einheitsfront von der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten.

Ausführlicher Bericht über Verlauf der Tagung folgt.

Merseburg. Aufgepaßt, Werbeschand! Kommentieren Freitag findet im „Lokal“ ein großer Werbeschand des roten Frontkämpfer-Bundes statt. Als Referent wird der Gauleiter, Kamerad Hugo Müller, erschienen. Kameraden und Parteigenossen, laßt für Waffeneinsatz, nicht den gewählten Bundes Deuma-Vorjamesches zur Stärkung der roten Klassenfront!

Bitterfeld-Wittenberg

Stadtvorordneten-Sitzung in Bad Schmiedeberg

Am 24. März fand abermals eine öffentliche Sitzung statt. Da der Vorsteher Paul Kröb seinen Posten niedergelegt hat, magte sich eine Neuwahl notwendig. In seine Stelle wurde der Stellvertreter Otto Beyer gewählt. In seine Stelle wurde der Stellvertreter Otto Beyer gewählt. In seine Stelle wurde der Stellvertreter Otto Beyer gewählt.

In der Beschwärde gegen den Bürgermeister Kollie wegen eigenmächtiger Ausübung der Polizeigewaltigkeiten, hat die Regierung dahingehend entschieden, daß es eines Beschlusses der beiden Körperschaften bedürfte, also der Bürgermeister seine Amtsbefugnisse über die Kräfte hat. Dann wurde ein Dringlichkeitsantrag beschlossen. Unter Kenntnisnahme lag ein Schreiben von Dr. Traas auf der Gemerktafel vor, daß die Arbeitserträge dahingehend zu regeln ist, nur Ortseigenen zu beschließen, solange es im Orte noch Erwerbsloze gibt. Es wird der Fort-Deputation zur wohlwollenden Behandlung überwiesen.

Der Stadtvorordnete Dünneberg hat sein Amt in der Wohnungsmannschaft niedergelegt. Als Konrektor ist der Lehrer Rieß beauftragt. Auch die Schulverwaltung hat die Beschlüsse in der Besondere der Betriebe ist der Bescheid eingegangen, einen einseitigen Beschluß beider Körperschaften herbeizuführen. Im Gefäßlichen gibt das Magistratsmitglied Höpfig bekannt, daß er in der vorigen Sitzung bei Beratung des Bade-Baus eine Vorladung zwecks Vernehmung erhalten hat. Er nimmt an, daß der Stadtvorordnete Meise (SWD) der Überbringer des Bescheides beim Magistratsvorsitzenden gewesen sei. Der Genosse Kollie fragt an, wie die Erfüllung des Bades vor sich gehen wird. Hier wird ihm der Bescheid erteilt. Der Stadtvorordnete Schmidt beantragt noch das „Zurückbleiben“. Hierauf wurde der Bade-, Polizeibüro- und Schlichter durchberaten.

Wittenberg, Genossenschafts-Generalfamm.

Am Freitag, dem 25. März, hielt die Konsum-Produktiv-Genossenschaft im Geschäftsraum ihre erste Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Geschäftsbericht; 2. Bilanz; 3. Wahl eines Vorstandsvorganges und dreier Aufsichtsratsmitglieder; 4. Statutenberatung; 5. Geschäftsverlauf. Der Vorsitzende und Bilanzbericht gab der Genossenschaftsleiter, der die Tätigkeiten der Vorstände, mit deren Lösung der Vorstand sich im Anfang 1928 beschäftigen mußte, ein eigenes Heim für Wittenberg zu schaffen. Man übernahm das den Freudenbergs Lokal. Das Lokal war aber so heruntergekommen, daß es aller Ausbesserungen bedürfte, es wieder auf die Höhe zu bringen. Wir sind jetzt rund ein Jahr in diesem Lokal und können

Neues aus aller Welt

Unwetterkatastrophen in Italien

Ueber Venedig löste gestern ein heftiger Sturm. Für Stunden war jeder Verkehr unterbrochen. Auch über die Gegend gab ein heftiges Unwetter nieder, ebenso wurden aus Belluno Stürme und Regenfälle gemeldet. Der Wind und seine Regenfälle sind fast ungeschwächt am 26. März fortgedauert. Die Gegend ist ohne Unterbrechung. Bei Corone liegt der Schnee 40 Zentimeter, auf dem Bergpaß von Colla sogar 60 Zentimeter hoch.

Neuer Weltrekord

Der Motorflieger der Junkerswerke Goop hat den Dauerrekord für Motorflüge mit 500 Kilogramm Belastung, der bisher nur in wenigen Staaten mit leichten Flugzeugen und 35 Minuten gehalten werden konnte, überboten und auf 100 Minuten und 30 Sekunden gesteigert. Der Flieger war über 1000 Kilometer, den bisher Italien inne hatte, geflogen.

Von Dienags ergriffen

Vier einzigen Tage wurde in der Küche ihrer Wohnung in Leipzig die Kürbissefrau Ida Kreuter vor dem Küchenofen durch

erklären, glänzend lesen mit noch nicht ab, aber in Verächtlichkeit der vielen Ausgaben durch die Neuanfertigungen, die gemacht werden mußten, können wir immerhin zufrieden sein. In der Disposition zum Geschäftsbericht wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß in der letzten Generalversammlung und Parteitagung dieser Genossenschaft auszuweisen. Im nächsten Jahre müßten wir über einen besseren Geschäftserfolg berichten können. An Stelle des ausgefallenen Genossen Kollie, der nach Wittenberg überbezeichnet ist, wurde als Vorstandsvorgänger der Genosse Silberbrand gewählt. Die drei ausgedienten Aufsichtsratsmitglieder Kreuter, Kungluf und Brindmann wurden wiedergewählt. Verschiedene Angelegenheiten im Statut wurden einer Änderung unterworfen. Allen Überlegungen wurde einstimmig zugestimmt. Abschließend im Punkte Genossenschaftliches noch einige Fragen beantwortet wurden, fand die Generalversammlung mit einem Appell an die Mitgliedschaft ihr Ende.

Rohlenoxydgas vergiftet aufgefunden. Sie hat am Abend vorher mit ihrer 19jährigen Tochter in der Küche Abendbrot gegessen. Das ist Feuer im Küchenherd geblieben. Beide sind lebendig geblieben. Die Witwe ist gegen 1/11 Uhr morgens erkrankt und hat ihre Mutter vor dem Dien freigegeben. In halb bewußtlosem Zustande hat sie sich nach der Schlafkammer begeben. Am nächsten Morgen ist sie durch das Pochen der Hausbewohner erkrankt und hat geäußert, Frau Kreuter ist ein Opfer des heimtückischen Kohlenoxydgases erkrankt. Am 27. März wurde nach Wittenberg ein Arzt herbeigeholt. Am 28. März wurde ein Arzt herbeigeholt. Am 29. März wurde ein Arzt herbeigeholt. Am 30. März wurde ein Arzt herbeigeholt.

Das große Los verbrannt

Ein in Stambul wohnender armer Beamter a. D. namens Adnan hatte bei der letzten Ziehung einer türkischen Lotterie 4000 Häftige gewonnen (annähernd 10000 Mark). Er hatte beschlossen, sich dafür ein Hauschen zu kaufen. Die Verwaltung war bereits geneigt, und der Kauf sollte nun perfekt werden. Während Adnan Effen und seine Frau sich für diesen wichtigen Gang anfertigten, spielte ihr 5 Jahre altes Mädchen im Nebenraum. Er fand dabei die bereitgestellten Banknoten, spielte damit und legte sie schließlich auf den Ofen. Nach einiger Zeit bemerkte der Junge zu seinem Schreien, daß die Banknoten Feuer gefangen hätten. Er rief die Eltern, aber es war schon zu spät. Der ganze Lotteriegewinn war zu Asche geworden. Der Junge freute sich aus dem Jarn des Vaters aus dem Fenster und verlegte sich lächer. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der Vater ist infolge der Aufregung schwer erkrankt.

Großfeuer!

Durch ein verheerendes Großfeuer wurde in Wulffen ein neu erbaute Scheune der Domäne, die vor Jahresfrist niedergebrannt war, abermals völlig eingestürzt. Außer Stroh- und Futtervorräten enthielt die Scheune die Ernte von 150 Morgen Getreide, mit deren Ausbruch gerade begonnen werden sollte. Viel wertvolle Maschinen sind ebenfalls mit verbrannt. Wird Brandstiftung vermutet.

330 000 Mark in die Erde gesteuert

Auf Taugenheimer Gebiet sind durch den Fischereierwerb der Provinz Sachsen der Höhe 330 000 Mark zugeführt worden. Das Aussehen erfolgte durch die dortigen Fischereien.

Schwerer Zusammenstoß

In der Köpenicker Straße in Berlin stieß am Dienstagabend ein Straßenbahnwagen mit einem Straßenbahnfahrzeug zusammen. Das Auto wurde zertrümmert, der Führer getötet und zwei Begleiter schwer verletzt.

Ein Todesopfer des Wahlsportes

In Witt-haldensleben bei Magdeburg erlitt der Gelehrte Wilhelm Rimmann während eines Wahlkampfes in der Turnhalle von seinem Partner einen derartigen Schlag vor den Unterleib, daß Darmverletzungen erfolgten, die den Tod des jungen Mannes nach sich zogen.

Ein Großfeuer brach in Jafina (Karpaten-Rußland) aus. Es konnten mehr als 40 Häuser, Gendarmerei und Feuerwachen aus dem ganzen Bezirk sind brennt, den Brand zu löschen.

Briefkasten

Verlegung, Freiburger. Die Verlesungsmittel zum Freitag ist erst Montag in unsere Hände gekommen, konnte also nicht mehr gedruckt werden.

Internationale proletarische Solidarität hilft die Welt befreien!

2. Reichstongreß der IAP. Atern 1927 in Erfurt

Diese fünfjährige Zeit heißt gewissermaßen die internationale proletarische Solidarität. Sie hat die Welt befreit. Sie hat die Welt befreit. Sie hat die Welt befreit. Sie hat die Welt befreit. Sie hat die Welt befreit.

Die 1. Reichstongreß der IAP, im November 1925 in Halle war ein Meilenstein in der Geschichte der internationalen Solidarität. Nach dem Krieg, nach gegenwärtiger Verwirrung, konnte die Welt befreit werden, und dabei wurde festgestellt, daß aus dem Ruin des Krieges nur die Welt internationaler proletarischer Solidarität gewonnen war.

Als hartes Vorbild stand der Arbeiterstaat Rußland zur Seite. Der Ungarn an gegenwärtiger Lage war getrieben. Die Welt befreit. Die Welt befreit. Die Welt befreit. Die Welt befreit. Die Welt befreit.

Es ist in solen Komitees organisiert, brauchen die nächsten Aufgaben große Arbeiten, dauernde Anstrengungen auf dem Gebiete der internationalen Solidarität. Die Erdbebenkatastrophe in 3 europäischen Ländern und Inflationswinter in Deutschland — englischer Bergarbeiterstreik — waren die großen Affektionen, welche durchgeföhrt wurden. Schwäche — aber unflinliche Tapferkeit — nämlich Kompromisse zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Kapitalisten.

Die IAP, ist eine internationale Organisation. Manche Arbeiter glauben noch, daß man durch Unterjüngung der IAP, Wohlfahrt in bürgerlichen Sinne pflege. Oder man ist der Meinung, durch die Unterjüngung der IAP, würden dem Staate und der Gemeinde, also der herrschenden Gesellschaft, die Sorgen für die Opfer der kapitalistischen Verwirrung abgenommen, und die Unterjüngung der Arbeiter würde eine Kompensationsleistung sein. Zu solchen Einwendungen sei folgendes gesagt:

Es gibt eine Grenze der Widerstandskraft. Wird sie überschritten, dann erlähmt die Energie zum Widerstand überhaupt. Erfolgt die Verleumdung einen gewissen Grad, dann schlägt der Kampfesmut um in Desorientierung, in Passivität. Aus den Opfern der kapitalistischen Verwirrung wird eine militärische Welle, wirksam, den „Herren der Ordnung“ aus der Hand zu essen. Und das gerade wollen die Kapitalisten erreichen. Hier sehen die Arbeiter der IAP, als Gegenaktion ein. Die IAP, unterstützt, um die kämpferische Bewegung zu erhalten und neue Kämpfer herauszubilden. Die Arbeiter sollen nicht neugierig, sie sollen nicht gemüßert werden, sie sollen sich nicht willenslos dem Kapital unterwerfen.

Die IAP, selbst ist keine Kampfgeneration, also auch keine Kampfpartei; sie ist auch kein Ersatz für eine Gewerkschaft. Die IAP, unterstützt die militärischen Kämpfe, und wenn die Gewerkschaften nicht hinführen, weil sie entweder nicht unabhängig sind oder aber von ihnen geleitet, Kampf durch Ausprägung über den Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus von den Unternehmern erzwungen wird.

Das von der IAP, erzielte Ziel bezieht aber, daß Arbeitslose, Genossinnen und deren Familienangehörige unterstützt werden, um ein Hinabfallen von Arbeitslosen in die Schicht der Indifferenten, der Streikbrecher, des Kampfenotstandes zu verhindern.

Schl. heißt der 2. Reichstongreß vor der Zeit. In Erfurt versammeln sich Tausende von Arbeitern und Delegierten, um über nationale und weltweite Aufgaben zu arbeiten. Ein besonderer Rahmen nehmen die Kinderhilfe und die sozialpolitischen Aufgaben ein. In der letzteren Frage wird übrigens eine Zusammenarbeit der bestehenden proletarischen Organisationen auf breiterer Grundlage erstritten. Die Initiative dazu muß vom Kongreß aus erfolgen. Man darf daher seinen Verhandlungen mit größtem Interesse entgegensehen.

W. A. P. D.
Wochenblatt für Halle-Merseburg
Verleger: W. A. P. D.
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

„Roter Frontkämpfer-Bund“
Der Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Bezirk Halle-Merseburg
Jugendtrottel: Halle a. d. S., Verdenstraße 14
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

W. A. P. D.
Wochenblatt für Halle-Merseburg
Verleger: W. A. P. D.
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

„Roter Frontkämpfer-Bund“
Der Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Jung-Spartakus-Bund Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Verdenstraße 14
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

W. A. P. D.
Wochenblatt für Halle-Merseburg
Verleger: W. A. P. D.
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

„Roter Frontkämpfer-Bund“
Der Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Jung-Spartakus-Bund Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Verdenstraße 14
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

W. A. P. D.
Wochenblatt für Halle-Merseburg
Verleger: W. A. P. D.
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

„Roter Frontkämpfer-Bund“
Der Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen
Halle-Merseburg, Postfach 107/108
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Jung-Spartakus-Bund Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Verdenstraße 14
Telefon: 107/108
Erscheinungstag: Freitag 9 bis 6 Uhr
Einzelpreis: 10 Pfennig

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Deutschnationalen als Wahlhinderer entlarvt

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die Meteororganisationen beabsichtigen, einen Volksentscheid gegen die Erhöhung der Steuern durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird jetzt ein Beschluß der Reichsregierung, begründet von deutschnationalen Ministern, bekannt. Es ist die Zustimmung des Reichspräsidenten abgelehnt, das von der Reichsregierung beantragte, die Meteororganisationen und Meteororganisationen einzustellen werden sollte. Daß die Deutschnationalen die Verleumdung ihrer ganzen Nation während der letzten Jahre und Monate. Unter der Parole einer hundertprozentigen Zustimmung sind sie in die Wahlkämpfe gezogen und haben sich ihre Ministerstellen erobert. Jetzt wird nun den Wählern der Deutschnationalen hoffentlich klar werden, daß sie von dieser Partei mit allen schmutzigen Mitteln und Betrug worden sind.

Über den Inhalt des abgelehnten Gesetzentwurfes erfahren wir folgendes:

„Dieser Gesetzentwurf sieht die Wiederherstellung der vor dem 1. Januar 1924 begründeten Vermögensrechtlichen Ansprüche aus Schematen, Schuldnerbüchern privater Schuldner usw. vor und sieht die Wiederherstellung der Rechte der früheren Grundbesitzer voraus. Die wiedereröffneten Ansprüche sollen zu 4% v. S. verzinst werden, insofern sollen die Zinsansprüche, soweit sie 2% v. S. jährlich übersteigen, bis zum 31. Dezember 1936 nicht den Gläubigern, sondern einer „Überleitungsstelle“ zufließen. Diese Zinsbeträge sind vom Schuldner unmittelbar an die Überleitungsstelle zu zahlen. Diese ist befugt, die Verträge im Vermögensaufwandsverfahren einzutreten. Die Organisation der Überleitungsstelle soll vom Reichsfinanzminister durch Verordnung bestimmt werden. Der Gesetzentwurf rechnet ferner die Verwendung der Überleitungsstelle aufhebenden Zinsbeträge:

zu 10 v. S. zur Förderung des Wohnungswesens, zu 14 v. S. zur Entschädigung notleidender Gläubiger, zu weiteren 14 v. S. zur Gewährung von Beihilfen an die Inhaber notleidender Forderungen, zu 10 v. S. zur Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, zu 2 v. S. zur Deduktion der Vermögensverlusten der Überleitungsstelle.

Rechtlich mußte ein formaler Grund zur Abweisung dieses Gesetzes vorliegen. Fabelhaft behauptet man, daß die Leistungen an die Überleitungsstelle Abgaben seien, die den Gesetzentwurf zu einem Abgabengesetz machen, und. Nach der Reichsverfassung kann über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranstalten. Damit ist auch ein Volksentscheid für Abgabengesetze ausgeschlossen. Hiernach mußte der Antrag der Reichsregierung als unzulässig abgelehnt werden.“

Wahrlich, eine Begründung, die den deutschnationalen Wahlhinderern alle Ehre macht.

Wie sie uns beurteilen

Am Freitag fand in Eisenburg eine Märzkundgebung statt, die gut besucht war und einer kampfbereiten Stimmung getragen wurde.

Gleichzeitig tagte in der Kolonnade desselben Lokals eine Versammlung der Aktionärsvereine, in der vielleicht einwärtig Menschen anwesend waren. Über die Märztagung der Kommunisten veröffentlichten nun die Eisenburger Neuesten Nachrichten ganze fünf Seiten, während sie die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgegangene Verammlung der Nazis in einem längeren Artikel ausführlich behandeln.

Das Kennzeichen dieses Stils ist das, was es ist. Es ist keine Arbeiterzeitung, es fällt sich verbunden mit dem Bürgerum. Das geht noch deutlicher hervor, wenn man einen Bericht über eine Stahlhelmerverammlung in Jitzgau, für den man sogar eine halbe Spalte opfert.

Mit diesen Tatsachen lassen die Eisenburger Arbeiter lernen. Es genügt nicht, wenn sie sich als Glieder der roten Front fühlen, darüber hinaus müssen alle von jetzt bis oben für die Arbeiterzeitung „Klassenkampf“ agitieren und dafür sorgen, daß der letzte Wehrdienst von Eisenburg die einseitig bürgerlichen Wähler abstellt und Wohnort des „Klassenkampf“ wird.

Heraus mit der „Delitzscher Zeitung“ aus den Arbeiterwohnungen

Von einem Arbeiter erhalten wir folgende Aufschrift:

Die „Delitzscher Allgemeine Zeitung“, die vorgibt, einen sogenannten „neutralen“ Charakter zu haben, leistet sich in ihren Heftberichten allerhand. Zum Beispiel über das Berliner Blutbad weiß dieses Blättchen von Ausführenden der Kommunisten gegen die Polizei zu berichten. Vor allen Dingen wendet es sich gegen den Einbrennen der revolutionären Arbeiter. Es schreibt u. a. am 24. März: „Es ist unerträglich, daß irgendwelche politischen Gruppen die Herrschaft auf die Straße beanspruchen und glauben, mit Revolvern, Knütteln und Festklägern ihre politische Meinung demonstrieren zu müssen.“ Ist das nicht eine ungläubliche Frechheit, wenn die Zeitung, die immer noch von Arbeitern gelesen wird, solche unwahre Berichte bringt. Niemals sind die Demonstrationen der Arbeiter bewaffnet mit Gummiknüppeln und

Revolvern gewesen, nicht ein einziges Mal wurden den roten Frontkämpfern Waffen abgenommen. Nur aus purem Haß gegen die Arbeiterklasse schreibt diese Zeitung solche Berichte.

An der Eintragung tritt das noch trauriger zu. Dort schreiben sie über die Herrschaft der roten Frontkämpfer, über das Chaos in Shanghai, über Mord und Terror der revolutionären Armee Chinas. Auch hier ist für jeden aufgeklärten Arbeiter ersichtlich, daß diese Berichte nur der allgemeinen groben imperialistischen Haß gegen Sowjet-Rußland und das um Freiheit kämpfende chinesische Proletariat entspringen.

Der Verfasser dieses Berichtes bedauert in einem Brief an die Redaktion, daß es Arbeiter gibt, die in Delitzsch das „Volksblatt“ abbestellen und dafür die „Allgemeine Zeitung“ lesen. Wir können dazu nur erklären, daß auch das „Volksblatt“ im wesentlichen der „Delitzscher Allgemeine Zeitung“ gleicht, denn auch das letztere übertrifft sich in falschen Darstellungen und Bekarrieren gegen die revolutionäre Bewegung überhaupt. Die Lehre ist, daß jeder Arbeiter „Volksblatt“ und „Delitzscher Zeitung“ aus seiner Wohnung herauswirft und dafür den „Klassenkampf“ bestellt.

Holzverteilung in Merzdorf-Seifersmühl

Beide Orte hängen direkt zusammen. Im Ort Merzdorf befindet sich ein Rittergut, dessen Besitzer der schon oft genannte Baron von Köhnen in Strauß bei Großenhain in Sachsen ist. Vermaltet wird das Gut durch den „Inhaber“ Hermann (Stahlfeld). Der genannte Baron hätte sich vor einigen Tagen hinweg, allen Ortsarmen beider Orte aus seinen Kriegen unentgeltlich Feuerholz zur Verfügung zu stellen. Von solchen die Verordnungen, die die Verteilung vor sich nehmen. Während der Vorarbeiten, aus Seifersmühl dieses ist, glaubte der Merzdorfer Vor-

Zum 1. April wird's Du sofort einen neuen Leser!

Hecher B. die Sache nicht auf seine Schultern nehmen zu können. Gemeindevorsteher B. rief die Gemeindevorsteher zusammen und diese nahmen, trotzdem daß mehrere Vertreter durch Abwesenheit blühten, die Verteilung vor. Verachtet man nun diese Verteilung, da muß man offen sagen, daß die Vertreter des Gemeindevorstandes grobaktig verfahren haben. Zum Schen der Gerechtigkeit hat man auch ein paar Anwaltsproleten gebastet, aber im großen und ganzen ist die Verteilung höchst unehrlich gehandhabt worden. Das gleiche gilt auch in Seifersmühl. Man scheint hauptsächlich die guten Freunde und anderen Nachbarn der Gemeindevorsteher vorzuziehen. Es wäre falsch, zu denken, daß der noble Spender es wirklich so liebenswürdig mit dem Volke meint. Dieses Holz ist nämlich schon zehnmal bezogen, denn die meisten der Bewohnenden sind Pächter des Grund und Bodens unseres Barons. Es ist beschämend, daß selbst mehrere Bewohnenden des Dorfes nichts erhalten haben, weil sich viele ansehnend vom riesigen Bodenschlag (12 bis 15 M³) selbst Holz laufen können. Sogleich ziehen die Landarbeiter daraus ihre Lehren!

Gemeindevorsteherprüfung in Adorf

Injere Sitzung am 24. März hatte sich u. a. mit dem formenmäßigsten Antrag: Von einem Wohnhauses in eigener Regie, zu befragen. Nachdem unsere Fraktion schon alljährlich scheinbar oft die Anregung infolge der riesigen Wohnungsnot gemacht hatte, verlobt nun der bürgerliche Vorsteher, daß die Anmeldungen zur Hauszinssteuer auf die Hälfte herabgesetzt sei. Der Antrag wurde mit sieben gegen fünf Stimmen abgelehnt. Da man auf bürgerlicher Seite aber heuchlerisch Verständnis für die Wohnungslosen nimmt, verlangen sie, entgegen unserem Antrag, privaten Bau und Lebensnahme der Bürgerhaft auf die Gemeinde. Sie sind als Vertreter des Privatkapitalismus immer konsequent!

Diese Konsequenz kam im letzten Punkt: Mieterprüfung in der DVB, recht dräusig zum Ausdruck. Das sollten sich die betreffenden Bewohner als Anknüpfungswort nicht dienen lassen.

Nicht weniger als 30 Prozent Erhöhung der letzten Miete ab 1. April wurde von der bürgerlichen Mehrheit beantragt und auch beschlossen.

Außerdem soll die letztjährig geführte Kasse der DVB mit 500 bis 600 M³ zur Gemeindefürsorge herangezogen werden. Die Mietschuldner soll der Vorsteher nach drei Monaten der Gemeindevorsteherprüfung vorlegen zur Beratung der weiteren Schritte gegen säumige Pächter. Auch wurde den Bewohnern das Übermitteln an auswärtige Personen verboten und auf die Hausordnung verwiesen; ausgenommen sind Familienmitglieder.

Alle diese Anschläge auf die DVB-Bewohner zeigen zur Genüge, daß man endlich mal ganze Arbeit leisten wollte, obwohl die DVB-Kasse absolut keine nennenswerte Unterstützung aufweist. Ob

die heutigen Bewohner auf Grund dieser Anschläge einig sind, werden und sich zusammenschließen zu geschlossenem Kampf? Der letzte Punkt: Verbesserung der Unterbringung für Sanfte, verursachte den bürgerlichen Herrschaften einiges Unbehagen. In der vorletzten Sitzung war der Antrag unserer Fraktion und des DVB-Vorstandes dem arbeitsunfähigen Gemeindevorsteher Janke monatlich rund 50 M³ für seine 25-jährige Tochter in der Gemeinde zu gewähren, abgelehnt worden. Die bürgerlichen Beamten pro Monat 25 M³ und Erlaß der Gemeindefürsorge von 3 M³ (einstufiglich Begehren), was auch gegen unsere Stimmen angenommen wurde. Die gehobene Antwort für ihr lässiges Verhalten wurde ihnen damals gegeben. In der letzten Sitzung sollte nun über eine Extrazugung für das Begehren beraten werden. Nachdem unser früherer Antrag wieder abgelehnt war, wurde von der bürgerlichen Mehrheit beschlossen, die Unterbringung von 25 M³ auf 20 M³ zu erhöhen. Somit habe der Mann an Unterbringung 23 M³ und an Rent 26 M³, also ein Einkommen von ca. 50 M³, wenn man nach den Worten des bürgerlichen Vertreters Dreißiger heute ganz gut leben könne. Welch freche Verhöhnung der ausgesparten Proleten in Zeiten der verfallenen Rationalisierung!

Wir behaupten, wer auf Grund solcher Beweise noch immer nicht an das „wirklich soziale Empfinden“ unserer bürgerlichen Herrschaften glauben kann, dem ist einfach nicht zu helfen.

Dommitzsch. Die außerordentliche Mitgliederversammlung der KPD am 25. März war sehr gut besucht. Unser verlebtenen internen Punkten fand das Referat über den Offener Parteitag zur Tagesordnung. Als Referent war der Genosse Böhme erschienen, der eindringlich und tollent zu allen Punkten der Parteitagsschlußfassung Stellung nahm. In ausführlicher Weise detaillierte er die Referate des Parteitages, die innen und außenpolitisch von großer Bedeutung sind. Die Diskussion bewegte sich ausgiebig im Rahmen des Referats. Verschiedene Ausführungen des Referenten, zum Beispiel die „Chinacfrage“, wurde mit großer Freude entgegengenommen. Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution eingebracht, die einstimmig angenommen wurde: Die kommunistische Ortsgruppe Dommitzsch beschloß einstimmig, nach einem Referat des Genossen Solowjewig in allen überparteilichen Organisationen praktische Arbeit zu leisten im Interesse der gesamten Arbeiterklasse! Alle Mitglieder verpflichten sich, die Beschlüsse des Parteitages im ganzen und in jedem Teil zu befolgen. In die Arbeit, Parteiveranstaltungen und sonstigen Arbeit zu leisten, was wahr, was wir beschließen haben. Jeder ein Funktionär in der Bewegung, nicht zurück, sondern vorwärts muß es gehen. Viel Arbeit ist in Dommitzsch zu erledigen. Alle Genossen und Genossinnen müssen mit aller Energie und Entschlossenheit an die Arbeit gehen. Die Diskussion über die „Klassenkampf“ und einen neuen Parteiprogramm und Mitarbeiter zu gewinnen.

Landarbeiter — Rittergutsbesitzer. Ein stütztes uns um Aufnahme folgender Beschlüsse, da dem Einfließen ein Verbot unterlaufen ist: Der Landarbeiter hat sich seine Krankheit nicht durch den Schmerz und Staub der Scheune ausgezogen und war wo anders beschäftigt. Ferner haben die Frauen und Mädchen an den Oefenplanen Partikeln erhalten.

Merzdorf, Spatz und Ackerlande. Hier besteht eine alte Gewohnheit, mehrere Einwohner bekommen Feuerabgaben, diese Leute müssen nur bei einem Brand mitfehlen. Sobald ein Brand stattgefunden hat, ganz gleich ob im Orte oder außerhalb, werden die Abgaben abgeholt und dann erhalten andere Einwohner diese Dinger. Es geht also die Reihe herum. Man kann hierbei häufig die Bemerkung machen, daß, wenn die Leute, die harmlossten Menschen sind, nicht anwesend sind. Warum? Wir wissen, daß hier unter vielen Einwohnern noch ein lächerlicher Überblau existiert. Man sagt, daß solange das Viehchen im Hause ist, das besterfende Haus immer in Feuergefahr steht. Wir erklären immer wieder: „Man mit solchen Partikeln!“ Wenn einer oder andere durch Feuer oder Wassergefahr Hilfe benötigt, dann muß jeder kräftig mit zugreifen! Ganz gleich ob Freund oder Feind. Wir sind aber doch neugierig, wann endlich die schon lange ersehnte „Freiwillige Feuerwehr“ ins Leben gerufen wird, damit der Spatz mit dem Viehchen endlich aufhört und die Leute ruhiger schlafen können.

Annaburg. Eine Demonstration fand hier unter harter Beteiligung der Arbeiterpartei statt. Die gesamte Arbeiterschaft demonstrierte am Sonntagmorgen gegen den Faschismus und die Bürgerkriegsregierung. Der Zug bewegte sich unter Vorantritt eines Musikchors nach dem „Sozialhof“, wo der Genosse Köhler eine feurige Ansprache an die Versammelten hielt, die mit einem Hoch auf Sowjet-Rußland und die proletarische Revolution schloß.

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: zunehmende Bewölkung und ansteigende Temperaturen, keine erheblichen Niederschläge. Für das übrige Deutschland: Im Westen leichte Regenfälle, weiter östlich zunehmende Bewölkung, überall ansteigende Temperaturen.

Vermittelt, Marianne Gundermann, Halle a. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigen: Fritz Krosch, Halle a. S.

Um das Wochenende muß auch die deutsche Arbeiterschaft kämpfen

In England ist es — the Weekend — eine längst bekannte Einrichtung geworden



Englische Familien machen in einem Wochenendhaus große Holzgemäße mit den Kindern.



Jugendführerinnen, die während des Sommers in Zelten wohnen und kurze veranlassen, beim Abkühlen des Mittagsmahles.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Ausgabe monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, eine Postumschließung. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Berntelstraße 14.

Abonnementspreis: 12 Pfennig für den Vierteljahr und 40 Pfennig für das Halbjahr im Voraus. Postamtliche Anzeigen: Halle, Berntelstraße 14. Tel. 2105, 2107, 2201. Verlag: Halle, Berntelstraße 14. Druck: Halle, Berntelstraße 14.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 30. März 1927

7. Jahrgang * Nr. 75

Gegen die imperialistischen Henker!

An die Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle Werktätigen!

Ein großes unmenüschliches Verbrechen ist begangen worden. Die „zivilisierten“ Barbaren, mit den englischen und amerikanischen Imperialisten an der Spitze, zertrümmerten und vernichteten aus ihren weittragenden Gefühlen eine der Hauptstädte der chinesischen Revolution — Nanjing. Das Arbeiterviertel haben sie in Ruinen verwandelt, die Leichen haben sie zu Bergen getürmt. Sie haben aus ihren Kanonen einige Tausend friedliche Bürger von Nanjing erschossen. Sie haben mit ihren Geschossen das in Brand gesetzt, was im Laufe von Jahrzehnten und Jahrhunderten geschaffen wurde. All das haben sie deshalb gemacht, weil die jüngsten Siege der chinesischen Revolution die Herrschaft der Imperialisten in China gefährdeten. Dieses ungeheuerliche Verbrechen, das von den imperialistischen Mordbeuren organisiert wurde, suchte das englisch-amerikanische Kommando durch eine neue unerhörte freche Lüge zu rechtfertigen. Die Henker des chinesischen Volkes, die die Uniform der sogenannten „zivilisierten Mächte“ tragen, haben die niederträchtige provokatorische Legende von einem Angriff der revolutionären Truppen gegen die „Ausländer“, von der Demolierung der Konvulse usw. in Umlauf gesetzt. Diese Henker wissen selbst nur zu gut, daß die Nationalarmeen nicht verlustig haben, die Ausländer angreifen, obwohl das Militär- und Zivilkommando der letzteren sich in genügendem Maße als die unerbittlichen Feinde des chinesischen Volkes erwiesen haben. Sie wissen nur zu gut, daß die abziehenden Schanhai-Gruppen, die Verbündeten der ausländischen Kontingente, die inneren Henker Chinas, die den Kopf verloren, getroffen haben.

Die Engländer beschossen bereits die chinesische Stadt Nanjing. Jetzt haben die vereinten Kräfte der Imperialisten, mit den Engländern und Amerikanern an der Spitze, Nanjing zertrümmert, obwohl die offiziellen Neuterklärungen über seine Einnahme den „unblutigen Charakter des Sieges der Nationalisten“ hervorhoben.

Und einige Stunden später werden möglichst viele „zivilisierten“ Bestien das chinesische Schanghai von ihrem „internationalen“ Massenplag aus, den sie wie Räuber, wie Banditen dem chinesischen Volke geklopft haben, zu demolieren beginnen.

Das unerhörte Ultimatum, die Bombardierung Nanjings, die weitere Konzentrierung von Marinekräften in Schanghai, die militärische Befestigung der Seebucht, die Zusammenziehung russischer weisardrischer Kräfte, — all das weist auf Pläne von weiteren Verbrechen hin. Das englische offizielle Blatt „Daily Telegraph“ erdreißt sich bereits zu schreiben, daß „üblich vom Vangie-Fluß keine Macht vorhanden ist, mit der nach den Methoden der zivilisierten Diplomatie verhandelt werden könnte“. Die englische Diplomatie denahm sich sehr höflich und freundschaftlich denen gegenüber, die in Schanghai vor seiner Einnahme

Tausende von Arbeitern hingerichtet.

Die englische Diplomatie erkennt jedoch keine zivilisierten Methoden „üblich vom Vangie-Fluß“ an, d. h. dort, wo das Volk begonnen hat, das verhasste Joch der feudalen Grundbesitzer, der Mächtigsten, der Würdiger, der ausländischen Ausbeuter und Sklavenhalter abzuwickeln. Die englische Diplomatie umarmt in der internationalen Siedlung die zivilisierten Schlangenzähne, die das russische Volk in blutigen Kämpfen aus seinem Lande verjagt hat. Doch die englische Diplomatie spricht die ebenen Sprache der Mordgeschichte, wenn sie mit der Volksmasse, die leidenschaftlich um ihre Befreiung vom Joch des Sklavenums ringt, in Beziehung kommt. Besonders wütet jedoch die englische Diplomatie gegen die Arbeiter, gegen jene unerhöchsten Schanghai- und Nanjing-er Arbeiter, die ihre Feindsinnigkeit zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter jammern und deren heldenmütigen Kampf stierend verfolgten.

Doch dieses Feuer ist ein Feuer gegen die gesamte national-revolutionäre Front. Die englischen Konventionen, die mit Kantone Verhandlungen führten, haben mit einem Male die Masse der Schlangenzähne zerstört und Heudelen abgelegt und sich wiederum vor allen Werktätigen und in erster Linie vor dem chinesischen Volke — vor den Arbeitern, Bauern, kleinen Leuten in Stadt und Land und vor den Studenten — als graue Räuber und Gewalttäter gezeigt. Die Vereinigten Staaten, die mit der nationalen Bewegung liebäugelten, mit der chinesischen Revolution solidarisierten, haben plötzlich den roten Schleier abgelegt und ihre militärische Führerschaft bei den Massenmorden, bei der Demolierung und Plünderung chinesischer Städte dokumentiert.

Bersammlungsverbot für KFB. in Leipzig

Die Leipziger bürgerliche Presse verbreitete in ihrer Nummer vom 29. März in großer Aufmachung eine Eigenmeldung, wonach am 29. März 100 Kommunisten einen Versammlungsverbot überfallen hätten. An dieses durchsichtige Manöver, den Eindruck des Hochverrats zu erwecken, knüpfte die bürgerliche Presse die Forderung, ein Versammlungsverbot und womöglich das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes überhaupt auszusprechen.

Die Forderung der bürgerlichen Presse wurde reich erfüllt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Fleißner hat die wütende Hehe der „Leipziger Neueste Nachrichten“ noch übertrumpft und folgende Verfügung getroffen:

„Das Polizeipräsidium und die Amtshauptmannschaft Leipzig sehen sich veranlaßt, zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit dem Roten Frontkämpfer-Bund und den ihm angeschlossenen Organisationen sämtliche Umzüge und Bersammlungen unter freiem Himmel in dem Bereiche des Polizeipräsidiums und der Amtshauptmannschaft Leipzig bis auf weiteres zu verbieten.“

Das unerhörte Verbot „Ein unverständliches“

„sich in den letzten Tagen“

„russische Parteileitung“

„Polizeipräsidenten“

„und Sachfen hinaus-“

„Arbeiterschaft. Wäh-“

„nichts gegen den“

„sie in Leipzig im“

„en:“

„großen Krieg“

„eröffnet.“

„igen können vom“

„hamlose politische“

„verfügen, der die“

„dort Befehligen die“

„aggats, die Henker“

„offie und der“

„sittlichen Truppen“

„China entsandt“

„ngen unverschämten“

„China entsandt, um die Profite der Imperialisten zu“

„Widerwartigkeit. Die imperialistischen Truppen werden nach“

„China entsandt, um die Profite der Imperialisten zu“

„China entsandt, um die Profite der Imperialisten zu“

„China entsandt, um die Profite der Imperialisten zu“

Bunde mit der Bourgeoisie eine Hehe gegen die roten Frontkämpfer, die womöglichst noch die Berliner Hehe übertrifft. Der Zweck dieser Hehe kann nichts anderes sein, als ein generelles Verbot des KFB. vorzubereiten.

Der Bürgerblockschismus marшиert. Er sieht auf der ganzen Linie vor. Duisburg, Düsseldorf, Berlin, Leipzig sind erste Alarmstationen. Auch die Einheitsfront der proletarischen Gegenwehr formiert sich. Reichsamerarbeiter, sozialdemokratische Arbeiter wenden sich von den Methoden von Geze, Fleißner und Komp. mit Empörung ab. Ein Teil von ihnen begrüßt die Initiative der Kommunisten, die breite Arbeiterfront gegen den Bürgerblockschismus zu organisieren. Es gilt, die gefährliche Empörung in entschlossene Arbeiterfront und in dauerhafte Bündnisformen der proletarischen Einheitsfront umzuwandeln.

Mordzeichen des Stahlheils

(Vgl. Drahtl.) Berlin, 30. März.

Die „Rote Fahne“ ist in der Lage, eine Mitteilung der Berliner politischen Polizei an die Spitze zu veröffentlichen, in der es heißt: „Der Gewerkschaft des Reichsbanners Berlin-Brandenburg teilt mit, daß in letzter Zeit seit Beginn des Monats an zahlreichen Türen von Häusern, in denen Reichsbannerangehörige wohnen, in allen Teilen der Stadt besondere Zeichen bemerkt worden sind. Bei allen Begehungen fehlt regelmäßig ein Zeichen wieder, das aus zwei ungeraden grünen Kreisen besteht und einem zentrierten roten Strich besteht. An Häusern, in denen Angehörige der kommunistischen Partei wohnen, hat sich ein rotes Dreieck befunden. Die Zeichen werden immer wieder angebracht, selbst wenn sie mehrfach entfernt werden.“

Wie wir dazu erfahren, sind dies Zeichen, die von Stahlheilmern angebracht werden. Trotzdem aber die Reichsbannermitteilung die Meldung erhaltet, hat sie nach wie vor die Wirkung, am 7. und 8. Mai ihre Mitglieder aus Berlin herauszuschieben.

Kommunistische Internationale ruft Euch zum Kampf gegen die imperialistische Vergewaltigung. Erhebt das Banner des Proletes gegen den Wahnsinn der imperialistischen Henker!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet an die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt die Aufforderung, einen energischen Kampf gegen den begonnenen neuen Krieg, dessen Auswirkungen unvorstellbar sein können, zu eröffnen. Organisiert eine breite Protestaktion gegen diesen frevelhaften Henkerrrieg!

Fordert die unverzügliche Zurückziehung der Truppen aus China! Verhindert mit allen Mitteln die Entsendung neuer Truppen und neuer Munition!

Dockt auf Schritt und Tritt die Feindschaft, die Heuchelei und den Verrat derer auf, die das frevelhafte Wesen des neuen Krieges vertuschen!

Gesossen! Vor zehn Jahren verjagte die internationale Bourgeoisie, mit England an der Spitze, die Macht der Arbeiterklasse im ehemaligen zaristischen Rußland zu zerschlagen. Sie brachte ihre Truppen ins Land, bombardierte Städte, schloß mit den reaktionären Generalen Ploß ab, setzte Verhaftungen und Kustände an, lag von Generalen der Volkshewissen — griff zu den bewährten Methoden der „zivilisierten“ Diplomatie. Doch die mächtige Volksbewegung machte einen Strich durch die Rechnung aller Völlerei — der Gutsbesitzer, der Bankiers, der Generale usw.

Zehn Jahre später erhob sich das chinesische Volk. Gegen dieses geht jetzt das internationale Kapital, mit England und Amerika an der Spitze, vor. Diese „Christen“ können Tausende, selbst Zehntausende hinhängen. Doch sie können nicht das Halbmilliardenvolk, das sein Freiheitsbanner erhebt, erschrecken.

Mit allen Kräften, mit allen Mitteln müßt Ihr mit der chinesischen Revolution sein!

Nieder mit dem Kampf gegen das sich befreiende China! Nieder mit den Henkern der chinesischen Revolution! Nieder mit allen Beisetzern der Henker!

Es lebe die organisierte Abwehr gegen den imperialistischen Haub, es lebe der Sieg des chinesischen Volkes.

Moskau, 27. März 1927.

Exekutive der Kommunistischen Internationale.

